

SILVIO GESELL ■ GESAMMELTE WERKE ■ NACHTRÄGE

SILVIO GESELL

**GESAMMELTE
WERKE**

NACHTRÄGE

VERLAG FÜR
S O Z I A L
ÖKONOMIE

SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie

Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland

Telefax: [49]0431-6793651 | www.gauke.net | eMail: mail@gauke.net

Internet: www.silvio-gesell.de

www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de [Shop] | www.sozialoekonomie-online.de

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung", Hamburg
[www.stiftung-geld-boden.de]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

Nachträge

Kurze Zeit nach dem Erscheinen von Band 18 der Gesammelten Werke mit Gesells Korrespondenzen wurden noch vier Briefe an Ernst Niekisch und ein Brief an den damaligen Berliner Bürgermeister Gustav Boess gefunden und als „Nachträge“ in den Registerband aufgenommen. (Lütjenburg 2000, S. 12-14)

Bei seinen Nachkommen in Argentinien tauchten im Jahr 2006 weitere Briefe auf, die Gesell u.a. an Prof. Dr. Ernst Haeckel, Lenin, Joseph Wirth, Gustav Stresemann, Hjalmar Schacht und Prof. Dr. Irving Fisher geschrieben hat.

Außerdem fand sich ein längeres Manuskript mit dem Titel „Proletarische Hoffnungen und Aktionen“ wieder, das im Winter 1917/18 in Les Hauts Geneveys (Schweiz) entstanden ist und damals unveröffentlicht blieb. Gesell sandte dieses Manuskript nach eigenen Angaben an Dr. Fritz Trefzer. Nach dessen Tod gelangte es 1927 nicht mehr ganz vollständig in die Hände von Fritz Schwarz, der dann einzelne Auszüge in den Nummern 24, 25, 27 und 28/1927 der schweizerischen „Freiwirtschaftlichen Zeitung“ abdruckte.

- ▶ Manuskript „Proletarische Hoffnungen und Aktionen“
- ▶ Briefe

Proletarische Hoffnungen und Aktionen

– unvollständiges und unveröffentlicht gebliebenes Manuskript
aus dem Winter 1917/18 –

Übersicht

Vorwort

- 1 Proletarische Hoffnungen
 - 1.1 Die Hoffnungen auf den Weltkrieg
 - 1.2 Die Hoffnungen auf die Weltrevolution
 - 1.3 Die Hoffnung auf die „Konzentration des Kapitals“
 - 1.4 Die Anziehungskraft des Zukunftsstaates auf die nichtsozialistischen Arbeiter
- 2 Was uns die Ruinen Babylons, Athens, Roms sagen
- 3 Proletarische Aktionen
 - 3.1 Der Achtstundentag
 - 3.2 Steuerpolitik
 - 3.3 Streikpolitik
 - 3.4 Teuerungsaktionen
 - 3.5 Krisenaktionen
 - 3.6 Mieterstreik
 - 3.7 Postsparkasse
 - 3.8 Versicherungswesen
- 4 Direkte proletarische Aktionen für die Herbeiführung von Freiland und Freigeld
- 5 Die Übernahme der Nationalbank durch die schweizerischen Gewerkschaften

Vorwort

Die sozialen, wirtschaftlichen Einrichtungen sind Menschenwerk. Der Mensch entwickelt sie vorwärts oder rückwärts, je nach den Wünschen und nach der Erkenntnis der jeweiligen Machthaber, wie das schon aus den Parteibenennungen Konservativer, Reaktionär, Sozialist, Anarchist usw. hervorgeht. Eine gesetzmäßig und automatisch sich vollziehende Entwicklung, wie man sie in der Natur beobachtet, gibt es hier nicht. Der Glaube an die Entwicklung des kapitalistischen Staates zum sozialen Gebilde ist ein Märchen. Der Mechanismus, der zum Kapitalismus führt, muss zerstört werden. Und diese Zerstörung erfordert eine Tat. Solange diese Tat nicht getan wird, ist alles vertan, was die Arbeitenden aller Stände und Berufe tun werden.

1 Proletarische Hoffnungen

1.1 Die Hoffnungen auf den Weltkrieg

Als der Krieg ausbrach, witterten einige Sozialisten Morgenluft. Wo sollte es jetzt losgehen? Natürlich dort, wo der „Kapitalismus“ am weitesten fortgeschritten war. In England? In Deutschland? Wahrscheinlich in Frankreich, wo ja schon die eine Hälfte des Volkes ganz, die andere halb von Renten lebte – denn die „Entwicklung des Kapitalismus“ misst man an der Zahl und am Gewicht der Rentner (Rentiers). Dort, wo die Masse des Volkes, die überwältigende Majorität, aus Rentnern (Rentiers) bestand, da musste es zuerst losgehen.

Aber die Proletarier rebellierten nicht. Die wenigen, die es versuchten, sind still, ohne Sang und Klang hinter Gefängnismauern um die Ecke gebracht worden. Wenigstens hat man von solchen Rebellionen nichts gehört. Der Ruf „Proletarier aller Länder, seid einig“ verhallte im Waffengeklirr. Dafür aber wurde das Kommando der Offiziere „Proletarier aller Länder, schießt euch gegenseitig tot“ mit Kadavergehorsam ausgeführt. Viele Führer der Proletarier stießen zuletzt am lautesten ins Kriegshorn.

Die Morgenluft verwehte; geblieben ist vom Internationalismus der Katzenjammer des Bewusstseins, eine traurige Rolle gespielt zu haben. Wer die Macht richtig einzuschätzen wusste, die dem Staate das Nachrichtenmonopol verschafft, der wusste, dass es so kommen würde. Die Zensur modelte die Geister, wie der Staat sie brauchte, und die Flintenläufe nahmen automatisch die Richtung, die man den Geistern mit Hilfe von Lug und Trug gegeben hat. Alle Hoffnungen, die der Proletarier auf den Krieg gesetzt hatte, waren dahin.

Und es ist fast gut, dass es so gekommen ist. Vom Kriege dürfen und wollen wir nichts Gutes erwarten, auch keine Morgenluft. Ungeziefer, Seuchen, Hunger soll uns der Krieg bringen, keine soziale Umgestaltung. Aus besudelten und bluttriefenden Händen wollen wir die Befreiung nicht annehmen. Ceres, nicht Mars soll die Grundmauern des Staates legen. Wir hassen den Krieg, selbst wenn er uns beschenken will. Die Befreiung ist eine Kulturtat und Kultur kann uns nur der Friede bringen. Der Friede bereitet die Geister für die Freiheit vor, er zerfrisst sicher und schnell die Ketten. Er schafft die stolzen Männer, die keine Ketten sehen wollen, weder bei sich noch bei anderen. Ja, gerade bei den anderen nicht. Der Krieg verdirbt diese Männer. Ein Tag, ein einziger, dem die Menschen im Kriegsgeist verlebt hatten, genügte, um das geistige Werk von Jahrzehnten zu vernichten. Noch bevor der Hahn kräht, bevor noch ein Schuss abgegeben, hatten die Proletarier aller Länder sich gegenseitig verraten.

1.2 Die Hoffnungen auf die Weltrevolution

Aber den Russen hat doch der Krieg die Revolution ermöglicht. Ganz recht. Was die Russen jetzt haben, ist eine Frucht des Krieges. Sie sieht auch danach aus. Ein Schritt vorwärts auf der ... kapitalistischen Bahn. Das ist der Erfolg. Ein Agrarstaat, wo der Großgrundbesitz zerschlagen und die Stücke unter die Bauern verteilt werden. Wie der Mantel Christi unter die Soldaten. Und diese Bauern halten ihre Stücke jetzt fest. Mit vier Ochsen kann man den russischen Bauern jetzt nicht mehr von ‚seiner‘ Scholle reißen.

Die Pest des Privatgrundbesitzes hat jetzt in Russland das ganze Volk ergriffen und Wurzeln geschlagen. Was die Schweizer Bauern haben, das haben jetzt die russischen Bauern auch und sie werden auch bald alles haben, was dazu gehört – Hypothekenbanken, Agrarpolitik und den Gegensatz zur Industriebevölkerung. Wer in Russland geistig oder physisch unfähig ist, eine Bauernwirtschaft selbstständig zu leiten – und das ist überall ein großer Teil des Volkes - , oder wer Unglück hat, wer viele Erben hinterlässt, dessen Acker geht der Familie mit absoluter Sicherheit verloren, der verfällt dem Proletariat, wie in der Schweiz. Es werden keine 50 Jahre verstreichen, da wird das russische Land nur mehr dem Namen nach den Bolschwiks gehören, sachlich gehört es dann den Hypothekengläubigern, die in der Hauptstadt die Renten verpassen. Dann werden die russischen Bauern von der „Not der Landwirtschaft“ reden, über die Forderungen der Lohnarbeiter schimpfen, die die „herrlichen Zeiten“ der Leibeigenschaft zurück wünschen werden. Und um die aufsässigen Knecht in der Macht zu behalten, werden die von den Hypotheken ausgeplünderten Bauern die Wiedereinführung der Staatskirche und Staatsschulen fordern, wo man die Kinder der Knechte zu unterwürfigen, bescheidenen, fleißigen Haustieren heranbildet – wie in der Schweiz. Der soziale Druck geht eben, wie das Wasser, immer bergab. Von den Rentnern (Rentiers), den Hypothekengläubigern, geht er aus auf die Bauern, die ihn auf die Knechte abzuwälzen suchen – dem Gesetze des geringsten Widerstandes folgend.

Die Bolschewiks haben das Privateigentum dort eingeführt, wo sie es hätten abschaffen müssen; dafür haben sie es abgeschafft, wo sie es hätten erhalten und sichern müssen, nämlich in der Industrie.

Um die Freiheit und Selbstständigkeit des Mannes zu begründen, zu sichern und überhaupt zu ermöglichen, muss der Boden mit allen Rohstoffen als unveräußerliches Volkseigentum erklärt und parzellenweise der privaten Bewirtschaftung in Pacht übergeben werden. Damit wird jede Möglichkeit der Ausbeutung ausgeschaltet, jede Trustbildung, jedes Monopol gebrochen. Die Unveräußerlichkeit des Bodens, die öffentliche Verpachtung ist das einzig wirksame Mittel, um die Massen vor Knechtschaft, Pauperismus und Ausbeutung zu sichern, um auch dem unselbstständigen Knecht das Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu sichern. Auf freiem Boden allein kann ein freies Volk stehen. Und die Freiheit gehört zu Arbeit – nur unter freien Männern gedeiht sie. Staatsbetrieb ist Staatsknechtschaft und von Knechten können wir nur Knechtsarbeit erwarten. Staatsbetrieb ist Unsinn. Unzählige Versuche haben das erfahrungsmäßig auch denen klar gemacht, die sich theoretisch nicht belehren lassen. Warum das so ist? Weil die Privatwirtschaft auf dem Selbsterhaltungstrieb, der Staatsbetrieb oder Kommunismus auf dem Arterhaltungstrieb gründet und weil der Selbsterhaltungstrieb als der primäre stärker ist als der sekundäre Trieb der Arterhaltung. Der Arterhaltungstrieb ist ja nur erweiterte Selbsterhaltung, ein Mittel, das Ich zu erhalten. Der Weitsichtige ist Altruist aus Egoismus. Der Kurzsichtige, der die Zusammenhänge nicht überblickt, ist nur Egoist – und das ist die große Masse. Die große Masse liefert darum auch immer schlechte Kommunisten. Helden sind selten. Und der Mann muss ein Held sein, der sich als Kommunist bewähren will. Darum, aus diesen natürlichen Gründen muss eine Wirtschaft, die mehr mit den altruistischen als mit den egoistischen trieben rechnet, um so viel schwächer sein als die Privatwirtschaft, wie der Altruismus als Kraftquelle schwächer ist als der Egoismus. Wer für sich, unmittelbar für sich arbeitet, arbeitet besser, intensiver und namentlich intelligenter als der, dem die Frucht der persönlichen Arbeit nur auf dem weiten Umweg des Gemeinwohls zugute kommt. Das zeigt auch

schon die Arbeit bei Stücklohn und Tagelohn, das zeigt die Art, wie der Staatsbeamte und der Privatmann das Publikum bedient. Das zeigt die Tatsache, dass die tüchtigen Arbeiter immer den Lohnkommunismus abgelehnt haben. Den Privatarzt (Egoisten) weckt eine Hausschelle aus dem tiefsten Schlaf – um einen Staatsarzt (Altruisten) zu wecken, muss man schon die Feuerglocke läuten. Dann kommt er mürrisch und zu spät.

Auch in Russland ist es so. Auch den russischen Kommunisten und Altruisten braucht man nur zu kratzen – dann schaut gleich der Egoist hervor. Darum leistet auch in Russland der industrielle Kommunismus nicht das, was der Privatbetrieb in den anderen Ländern leistet. Wenn nur das Experiment den Russen nicht noch die staatliche Selbstständigkeit kostet! Denn die Welt gehört nun mal denen, die nach dem leistungsfähigsten System arbeiten. Leistung ist Macht – wer in der Leistung ins Hintertreffen kommt, verliert seine Selbstständigkeit.

1.3 Die Hoffnung auf die „Konzentration des Kapitals“

Eine andere, ebenso trügerische sozialistische Hoffnung ist die erwartete Konzentration des Kapitals (die nicht mit Kapitalvermehrung zu verwechseln ist) in immer weniger Händen, womit dann eine entsprechende Vermehrung des Proletariats und proletarischer Wahlzettel einhergehen werde. Diese Konzentration des Kapitals, so sagt man, gehe gesetzmäßig vor sich, ohne dass der Mensch direkt daran mitwirkt, so dass das Proletariat ebenfalls gesetzmäßig zur Ausschlag gebenden Partei heranwachsen müsse. Automatisch als unabwendbares Geschick müsse dem Proletariat die Übermacht zufallen, trotz etwaigen Gebärstreiks der Proletarierinnen und der großen Sterblichkeit in den Proletarierfamilien. (Seine etymologische Bedeutung hat das Wort Proletariat längst verloren.) Dann setzt die Diktatur des Proletariats ein, dann spielt das Proletariat mit dem Kapital wie die Katze mit der Maus. Der Proletarier braucht sich nur unter den Baum zu legen, dann fällt ihm der Zukunftsstaat in Form des Wahlzettels als reife Frucht in den Mund. (Die Frage, ob die Kapitalisten in der schweizerischen Demokratie so ganz einfach vor der Wahlurne kapitulieren würden, mögen andere beantworten.)

Sehen wir uns auch diesen Glaubensartikel näher an. Manche Tatsachen widersprechen ihm, Tatsachen, die wir alle kontrollieren können. Da ist z.B. das Bodenkapital, das durch die regelmäßig vor sich gehenden Erbschaftsteilungen eher zentrifugalen als zentripetalen Kräften ausgesetzt ist. Durch das Erstgeburtsrecht und durch Fideikommissionen suchte man früher der Pulverisierung des Bodenkapitals entgegenzuwirken. Heute erstrebt man dasselbe Ziel durch Schutzzölle, deren Kosten das Proletariat zahlen soll. Das sind doch keine Zeichen einer gesetzmäßig und automatisch vor sich gehenden Konzentration. Heute sind die Bauern nur mehr dem Namen nach Eigentümer des Bodens; die eigentlichen Besitzer sind die Inhaber der Hypotheken und Pfandbriefe. Den Grundbesitz darf man darum heute nicht nur auf dem Lande suchen, sondern in den Tresoren der Banken. Auf 1000 Grundbesitzer gibt es vielleicht 5000 Pfandbriefbesitzer. Wo ist da die Konzentration?

Dabei ist das Bodenkapital seiner Natur nach verhältnismäßig leicht zu verwalten und erfreut sich außerdem noch besonderer Sympathien der Gesetzgeber (siehe die agrarische Gesetzgebung in allen Ländern, die nichts anderes ist als eine künstliche Verlangsamung des natürlichen Zerfalles des Bodenkapitals!). Und wenn es so mit dem Hauptkapitalstück, dem Boden, steht, warum soll es mit den anderen Kapitalien anders sein?

Die Erbschaftsgesetze, die das Bodenkapital zerzetteln, tun dasselbe auch mit den übrigen Kapitalien. Bernstein war's, der für nötig hielt, es einmal in gründlicher Weise zu zeigen, dass die heutigen Riesenbetriebe an sich durchaus kein Beweis der Kapitalkonzentration seien, insofern als die Aktien dieser Unternehmungen in vielen Händen zu sein pflegen. (Eduard Bernstein, Die heutige Einkommensbewegung) Zuweilen sind die Arbeiter selber Besitzer solcher Aktien. (Die Goldminenaktien Afrikas lauten vielfach auf 1 Pfund = 25 Franken). Sicher werden bei den Wahlurnen die Riesenwerke nicht von einzelnen Personen, sondern von Millionen von Aktionären verteidigt. Und den Großgrundbesitz verteidigen dort die Pfandbriefbesitzer, die unter Umständen zahlreicher sein mögen als das den Großgrundbesitz bearbeitende Proletariat.

Aber abgesehen hiervon! Nehmen wir einmal an, eine Kapitalkonzentration fände wirklich statt, und zwar gesetzmäßig und in der von den Proletariern erhofften Progression, so wird man immer noch sich fragen müssen, ob die Kapitalisten solche für sie zur politischen Gefahr werdende Konzentration nicht selbst wieder sabotieren und verhindern werden? Wer hindert sie denn daran, durch Erbschafts- und Steuergesetze der weiteren Proletarisierung der Volksmassen entgegenzuwirken? Sicher werden es die Sozialdemokraten nicht sein, die sie daran hindern werden, denn gerade sie fordern immer wieder die progressive Einkommenssteuer! Diese Steuer ist aber das gegebene Mittel, die Kapitalkonzentration in der für den Fortbestand der kapitalistischen Herrschaft nötigen Grenze zurück zu dämmen. Wie die Kapitalisten durch den Schutzzoll den Grundbesitz zu retten versuchten – so werden sie im entgegen gesetzten Fall durch Importprämien den Grundbesitz zerschlagen, falls sie das für ihre Herrscherstellung für nötig halten. Nötigenfalls verschenkt der Kapitalist einen Teil seiner Habe an Proletarier und verwandelt diese so in eine politische Schutztruppe. Wenn der König von England ein Gesetz durchdrücken will, so bedient er sich dazu des sogen. Pairschub (Pairschub: das Recht der Krone, eine Anzahl von Pairs willkürlich zu ernennen, um der Regierung die Majorität in der ersten Kammer zu sichern). Und wenn die Kapitalisten sich die Macht sichern wollen, so werden sie sich desselben Mittels bedienen. Mit einer Aktie, einem Sparkassenbuch, einer unentgeltlichen Grabstätte kann man zu jeder Zeit die Pairs von links nach rechts schieben und Rot in Gelb verwandeln.

Man wird vielleicht sagen, dass die Kapitalisten zu kurzichtig seien für solche Politik der Selbstverstümmelung, dass der Kapitalist blindlings sein Ziel, die Vergrößerung „seines“ Besitzes verfolgen wird. Da wären z.B. die amerikanischen Milliardäre. Doch da unterschätzt man den Weitblick dieser Klasse. So lange das ganze Volk dem Dollar nachjagt, wissen Morgan und Konsorten, dass sie nichts zu fürchten haben. Sie haben mit ihren Milliarden die Presse, sogar die Hochschulen und die Kirchen. Da hat es vorläufig keine Gefahr. Der Kampf gegen die Fideikommissbildung, das Interesse derselben bürgerlichen Kreise für den Kleingrundbesitz (small holdings in England) entspringen diesem kapitalistischen Selbsterhaltungstrieb. Und im Übrigen erinnere man sich hier des Ausspruches des Zaren Alexander II.: „Entweder revolutionieren wir von oben oder die Mujiks tun es von unten; entweder geben wir den Mujik freiwillig (?) einen Teil unseres Grundbesitzes oder die Mujik nehmen sich das Ganze.“

Dieser Ausspruch zeugt am besten für die Aussichtslosigkeit der auf die Kapitalkonzentration sich stützenden proletarischen Hoffnungen. Die Kapitalkonzentration wird – wenn sie vor sich gehen sollte – niemals die Grenze politischer Gefahr überschreiten. Der Kapitalist wird diese Entwicklung immer selber sabotieren; das Proletariat wird immer in der Minderheit gehalten werden.

Ein anderes, höchst wirksames Mittel, die Kapitalkonzentration immer und immer wieder zu sabotieren, haben die Kapitalisten in den Währungspuschereien zur Verfügung. So war in den Jahren 1875 – 1885 durch Einführung der Goldwährung der verschuldete Grundbesitz in höchste Not geraten und die Gefahr lag nahe, dass der Boden in seiner Gesamtheit unter den Hammer kommen würde. Dann hätte sich wiederholt, was sich im alten Rom ereignete, als die Silberbergwerke Spaniens, die den Stoff für die Geldfabrikation der Römer lieferten, erschöpft waren und wegen Mangel an Geld die Preise der landwirtschaftlichen Produkte so weit sanken, dass die Bauern die Hypotheken nicht mehr verzinsen konnten. Damals wurde in Rom in Folge dieser Währungsnot der Boden zu Latifundien zusammen gewuchert. Da man in jener Zeit das Papiergeld noch nicht kannte, auch solches ohne die Buchdruckerfindung nicht hätte machen können, und auch damals die Goldproduktion zugleich mit der des Silbers versagte – so blieb den Römern nichts anderes übrig als dem „Kladderadatsch“ tatenlos zuzusehen. Mit jener Latifundienbildung (Kapitalkonzentration) ging Rom und das Kapital fast spurlos zu Grunde.

Was taten nun die Agrarier in Deutschland, Frankreich und Nordamerika, um der drohenden Gefahr der Latifundienbildung zu begegnen? Sie forderten die Rückkehr zum Bimetallismus und erreichten wenigstens, dass die Liquidation der Silbermünzenbestände aufgehoben oder wenigstens verzögert wurde. (Noch heute sind die Fünfliber im Umlauf, ebenso die Silbernoten der Vereinigten Staaten). Daneben setzten sie Sperrzölle durch für alle landwirtschaftlichen Produkte – die wenigstens vorübergehend helfen sollten und auch halfen. So gelang es ihnen, den weiteren Rückgang der Preise zu verhindern, bis im Jahre 1890 die ungeheuren Goldfunde in Afrika dem Preisrückgang und damit der Not der Grundbesitzer ein Ende machten.

Heute brauchen die Kapitalisten keine Doppelwährung, keine Sperrzölle und dergleichen mehr, um die Preise auf gewünschter Höhe zu halten. Sie haben gelernt, Geld aus Papier zu machen und damit verfügen sie über ein unfehlbares Mittel, die Kapitalkonzentration zu jeder Zeit zu sabotieren und sich dadurch ewig die Majorität zu erhalten. So hat z.B. die Nationalbank seit Beginn des Krieges ihren Notenumlauf verdoppelt und dadurch alle Preise willkürlich in die Höhe getrieben.

Die Bauern, Handwerker, Unternehmer, Kaufleute sehen, dass durch diesen einfachen Streich ihre Aktiva (Viehherden, Acker, Waren, Häuser, Maschinen u.s.w.) sich verdoppelt haben, während ihre Passiva (Hypotheken, Wechsel, Obligationen, Schuldscheine usw.) unverändert blieben. Sie sehen, dass sie so 50 Prozent ihrer Schulden losgeworden sind. (Im Grunde genommen die uralte mosaische Sabotage der Kapitalkonzentration; ein Jubeljahr auf 50% herabgesetzt.) Da nun fast das gesamte Kapital eines Landes bei der ausgedehnten modernen Kreditwirtschaft die Form von Geldforderungen genommen hat, so kann man sagen, dass durch die genannte Kapitalsabotage der Nationalbank die Hälfte des gesamten Kapitals von den Gläubigern auf die Schuldner übergegangen ist, also eine Kapitalzersplitterung größten Stils, die die Nationalbank nach Belieben fortsetzen und wiederholen kann, wenn es aus politischen Gründen ratsam erscheint, der Proletarisierung der Volksmassen Halt zu gebieten. Wer die Währung beherrscht, kann zu jeder Zeit und in beliebigem Umfang Pairschub vornehmen und seinem Anhang so die Macht erhalten.

Der Kapitalist ist also wie die Bakterie stets und in fast beliebigem Umfang teilbar. Der Proletarier aber ist unteilbar.

Ein Milliardär kann zu jeder Zeit in 50.000 Miniatur-Rentiers von je 1000 Franken Einkommen zerlegt werden. Wirtschaftlich ist das für das Proletariat gleichgültig, wie es dem Schafe gleichgültig ist, ob es vom Wolf oder den Räudemilben gefressen wird. Politisch ist es jedoch nicht einerlei, ob eine Milliarde Kapital bei den Wahlurnen von einem Milliardär oder von 50.000 kleinen Rentiers vertreten wird. Auch darf hier nicht vergessen werden, dass bei der gewaltigen Produktionskraft des mit modernen Maschinen ausgerüsteten und geschulten Arbeiters (Ausdruck aus dem Erfurter Programm) ganz gut einmal eine Zeit kommen kann, wo das heutige Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeiter und Rentiers auf den Kopf gestellt und auf jeden Arbeiter mehrere, wenn auch nur kleine Rentiers (wie in Frankreich) kommen werden, wo das Wort „die große Masse“ sich auf die Schmarotzer beziehen wird. Wie könnte in solchem Falle der Arbeiter dann noch durch den Wahlzettel zur Herrschaft kommen?

Proletarier, die ihr vom Wahlzettel die Vormacht erwartet! Es ist ein Traum! (Dass die Wahlzettelpolitik Unsinn ist, haben auch schon die norwegischen Minderheitssozialdemokraten erkannt und erklärt. Sie sagen in ihrem Beschluss: Die Sozialdemokratie kann das Recht der besitzenden Klassen, die Arbeiter auszubeuten, nicht anerkennen, selbst wenn sich dieses Recht auf eine Majorität in der Gesetzgebung stützt! La Sentinelle 10/4 1914. Mit dem Majoritätsschwindel wird das Proletariat ewig ausgebeutet werden.)

1.4 Die Anziehungskraft des Zukunftsstaates auf die nicht-sozialistischen Arbeiter

Der Proletarier hat so oft von der großen wimmelnden grauen Masse gehört, dass er sich für unüberwindlich hält. Doch überschätzt er seine Zahl und damit auch seine Macht. Sie ist gar nicht so groß im Vergleich zu den Volkselementen, die sich nicht zu den Proletariern rechnen. Ja, wenn alle die, die sich im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot verdienen müssen, geschlossen gegen den gemeinsamen Feind – den Zinsbezüger – vorgingen, dann brauchten sie ja nicht einmal politisch die Mehrzahl zu sein, um ihren Willen durchzusetzen. Was könnten die Zinsbezüger tun, wenn alle die, die arbeiten, sich gegen sie wendeten? Deshalb ist es ja auch ganz richtig, wenn der Arbeiter singt:

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“

Was will der Rentier, wenn alle Räder still stehen? Als Arbeiter im Sinne dieses „starken Armes“ müssen wir aber nicht allein den eigentlichen Lohnarbeiter betrachten, sondern alle, die nicht von Zinsen leben – also die Bauern, Kaufleute, Beamten, Ingenieure, Chemiker, Baumeister, Künstler, Geistliche, Lehrer, Ärzte - kurz jeder, der nur dann essen kann, wenn er arbeitet. Nur dann, wenn es gelingt, alle diese Arbeiter unter einen Hut zu bringen, werden auf das Kommando „Stillgestanden“ alle Räder auch wirklich still stehen.

Und wie sieht es nun mit der Anziehungskraft aus, den der proletarische Zukunftsstaat auf die „Arbeiter“ ausübt? Das Programm des Zukunftsstaates müsste m.E. von Leuten entworfen werden, die einen Einblick in das Leben und Treiben der Menschen geworfen haben, die sich heute ihr Leben in Freiheit gestalten können. Denn der Zukunftsstaat soll doch ein Fortschritt sein. Das Leben im Zukunftsstaat soll frei, schön, sorglos sein – aber was weiß der Arbeiter heute aus persönlicher Erfahrung, was ein schönes, freies

Leben ist? Wenn jemand zum Baumeister des Zukunftsstaates berufen wäre, so müsste das m.E. eher der Rentier sein. Das Leben, das dieser heute führt, mit den „Beschränkungen“, die die Arbeit mit sich bringt, das sei das Leben aller – im Zukunftsstaat.

Das höchste Gut ist die Unabhängigkeit, die Freizügigkeit, die Selbstverantwortung. Wer diese Güter auch nur 14 Tage genossen hat, wird vom proletarischen Zukunftsstaat mit seiner allgemeinen Verstaatlichung, Gebundenheit, Bevormundung nichts wissen wollen. Mit diesem Programm kann man bei den oben genannten Arbeiterkategorien nicht krebzen gehen. Sie werden ausnahmslos sagen: Lieber ertrage ich die kapitalistische Ausbeutung, als dass ich mich zum Staatsknecht degradieren lasse. Mit dem proletarischen Zukunftsstaat kann man nur auf den Hund gekommene Menschen vom Ofen locken. Menschen, die sich sagen: Im kommunistischen Staate kann es auch im schlimmsten Fall nicht schlimmer gehen als heute. Leute, die nichts zu verlieren haben, sind nicht die geeigneten Architekten des Zukunftsstaates.

Sieht man ab von dem Druck, den der Kapitalismus auf alle Arbeiterklassen ausübt (und zwar proportional dem Einkommen!), so ist die Freiheit, die die heutige Wirtschaftsordnung dem Menschen bietet, fast eine ideale. Sobald man seine Steuern bezahlt hat und sich hütet, gegen die Gesetze zu handeln, kümmert sich der Staat nicht mehr um uns. Wir können tun und lassen, was wir wollen – im Umfange unserer Mittel. Kein Mensch fragt danach, wie wir unser Leben gestalten wollen, was wir mit unserem Geld machen, warum wir hierhin, dorthin reisen. Wir wohnen, wo wir wollen, wählen unsere Berufsarbeit, studieren oder verbringen unsere Zeit am Biertisch. Niemandem sind wir Rechenschaft schuldig. Wären wir die Zinsbezügler los, Götter könnten uns beneiden. Es steht jedem frei, sich als Dichter, Künstler, Schriftsteller auszugeben und zu benehmen. Kein Mensch fordert vom Künstler eine staatliche Approbation. Es ist seine Sache, ob er Absatz für seine Werke und Machwerke findet. Findet er keinen Absatz, hungert er, so darf er den Staat dafür nicht verantwortlich machen. Findet der Schriftsteller keinen Verleger, so kann er immer noch auf eigene Kosten seine Werke drucken lassen, wobei ihn seine Freunde unterstützen mögen.

Wie soll das alles im Staatssozialismus geregelt werden? Wie soll man da noch eine staatsfeindliche Zeitung in den Staatsdruckereien auf Staatskosten drucken lassen können und sich den Schriftstellerlohn aus der Staatskasse bezahlen lassen? Wie sollte eine Arbeitergruppe ihrer Opposition Ausdruck geben können? Darüber können die Berner Genossen vielleicht Auskunft geben. Wer soll die Künstler und Erfinder ernennen? – Der Bürokrat. Wer gibt ihnen die Aufträge? – Der Bürokrat. Wer führt die phantastischen Pläne der Erfinder aus? – Der Bürokrat. Wer lässt kein grünes Hälmschen mehr wachsen? – Der Bürokrat.

Acht Stunden täglich sollen alle dichten, meißeln, malen, erfinden. Und acht Stunden täglich soll der einsame Bauer auf dem Berg die Kühe hüten!

Dem bedrückten Manne in der finsternen Kohlengrube, in der lärmenden Fabrik, vor den Glutmassen des Hochofens möge das alles nur Kleinigkeiten bedeuten. Und jeder, der in solcher schrecklichen Lage ist, wird vernünftigerweise so urteilen. Aber nach Abschüttelung des Schmarotzertums sollen sich ja die Verhältnisse für Alle in der Art bessern, dass sie zur Besinnung kommen. Und mit der Besinnung kommt der Drang nach Freiheit und Selbständigkeit, kommt der unüberwindliche Widerwille gegen die Bevormundung, der Hass gegenüber dem nun zur Wirklichkeit gewordenen

Zukunftsstaat. Mit absoluter Sicherheit würde der Wohlstand, den man vom Zukunftsstaat erwartet, den Geist erwecken, der diesen Zukunftsstaat in Trümmer schlagen wird. Er würde – vorausgesetzt, dass er den Wohlstand brächte – sich selbst aus den Angeln heben.

Wenn es darum nicht gelingt, dem Zukunftsstaat eine Verfassung zu geben, die die Freiheit, Selbstverantwortung, Selbständigkeit aller Bürger gewährleistet und den Kommunismus niemandem aufzwingt, bleibt die Hoffnung auf eine Vereinigung aller Arbeiter und damit auf die Übermacht des Arbeiterstandes – eine eitle. (Niemand hindert die Sozialisten daran, heute schon kommunistisch zu leben. Sie können, wenn sie wollen, den Kommunismus auf Weiber, Kinder und namentlich auf den Lohn übertragen. Niemand wird sie darin stören. Dass das nicht geschieht, zeugt wider den kommunistischen Geist.)

2 Was uns die Ruinen Babylons, Athens, Roms sagen

Wer Übung darin hat, die Geschichte der Völker durch die wirtschaftliche Brille zu betrachten, kommt leicht auf den Gedanken, dass der Untergang der antiken Staaten einem Kladderadatsch zuzuschreiben ist, gleich dem, den Bebel unserer Wirtschaft prophezeite auf Grund der unmöglichen Verhältnisse, die die Zinses-Zins-Rechnung schafft. Wie aber im Kapitel 1.3 gezeigt wurde, kann der Kapitalismus sich gar nicht über eine bestimmte Grenze hinaus entwickeln, infolge der hier einsetzenden Selbststeuerung oder Autosabotage. Wenn wir also den Untergang Roms, Babylons, Jerusalems wirtschaftlich erklären wollen, so müssen wir das Problem von einer anderen Seite anfassen, und zwar von der Seite der Geldfabrikation.

Kultur ist nichts anderes als Arbeitsteilung, und die Arbeitsteilung liefert Waren, die durchaus auf Austausch angewiesen sind. Nur so weit der Tausch möglich ist, kann sich die Arbeitsteilung und damit die Kultur entwickeln.

Bei entwickelter Arbeitsteilung wird der Gebrauch eines Tauschmittels, d.h. des Geldes, unentratbar, der direkte Tausch (Tauschhandel) stößt bald auf Schwierigkeiten, die nur mit dem Gebrauch des Geldes zu lösen sind. Erst mit dem Geld kann sich der Handel, der Austausch der Produkte, freier entwickeln. Darum sind der Tausch, die Arbeitsteilung, die Kultur – und die Macht der Staaten durchaus abhängig vom Gebrauch eines Tauschmittels, des Geldes.

Je besser das Tauschmittel seinen Dienst versieht, umso höher die Kultur, umso größer die Macht des Staates. (Man beachte, dass die Waffen der römischen Soldaten Produkte der Arbeitsteilung waren.)

Nun ist es eine Tatsache, die man heute selbst bei den „wissenschaftlich“ vorgehenden Sozialisten noch wenig oder gar nicht beachtet findet, dass der Handel, der Austausch der Waren, und damit die Arbeitsteilung bei rückgängigen (fallenden) Preisen rechnerisch unmöglich wird. Wer in Perioden rückgängiger Preise irgendein Geschäft oder eine Industrie gründet oder ein landwirtschaftliches Unternehmen mit Hilfe von Hypotheken ersteht, der wird aller Regel nach Geld verlieren. Und wenn diese rückgängige Periode lang genug anhält, werden schließlich die Aktiva durch die Passiva ganz verschlungen. Arbeitslosigkeit, Krisen, Zahlungseinstellungen wird man als allgemeine Erscheinung immer nur bei weichenden Preisen beobachten. (Anm: Wer die

Erklärung dazu will, lasse sich die Schriften des Schweizer Freiland- und Freigeld-Bundes kommen.)

Die Preise fallen aber dann, wenn es an Geldstoff fehlt und wenn wegen mangelnder Geldfabrikation der Markt ungenügend mit Geld versorgt wird. Geldmangel bedeutet also Preisfall und Preisfall bedeutet Krise, Bankrott der Kaufleute, Unternehmer und Landwirte.

Geldmangel führt zu einem allgemeinen Krebsgang und, wenn er andauert, zur Einstellung der Arbeitsteilung und zum Verlust aller Vorteile, die uns diese bietet. Geldmangel und Rückgang der Warenpreise bricht die Macht jedes Kulturstaates. Dann kommen die Barbaren und überrennen den wehrlos gewordenen Staat.

So war es in Rom, in Babylon, in Jerusalem. In Jerusalem hatte Salomon das Geld zu Zierrat für den Tempel einschmelzen lassen. (s. Barnabas: Joseph, Salomo und die Kriegsfinanzen. Verlag des Schweiz. Freiland- und Freigeld- Bundes) So fehlte das Geld für den Handel und für die auf Arbeitsteilung eingestellte Industrie. Der „weise“ Salomon vernichtete so die Ursache der Blüte seines Staates. In Rom konnte man kein Geld mehr machen, weil die das Silber liefernden spanischen Bergwerke abgebaut waren. Etwa vom Jahre 100 n.Chr. bis zum Ende des Mittelalters waren die Geldmetallfunde durchaus unzulänglich, um den Abgang an Geld zu ersetzen, den der Verschleiß und das Verlieren, Vergraben der Münzen, die Verarbeitung der Münzen zu Zierrat und religiösen Gefäßen und der damals schon immer passive Handel mit dem Orient mit sich brachten.

Die Ruinen der untergegangenen Städte beweisen also durchaus nicht, dass sich dort etwa der Kapitalismus zu Tode entwickelt hatte. Sie zeigen nur, wie es der Arbeitsteilung und damit auch der Kultur und der Macht der Völker ergeht, wenn man die Herstellung des Geldes vom Zufall der Gold- und Silberfunde abhängig macht. Von einem Kladderadatsch, von einer Gigantanasis des Kapitals im Sinne der Bebel'schen Prophezeiung kann keine Rede sein. Jetzt, da man Geld aus Papier zu machen versteht, wird es überdies zu einem Kladderadatsch aus Geldmangel nicht mehr kommen. (s. die Schriften des Schweizer Freiland- und Freigeld-Bundes) Alle Hoffnungen auf eine „Entwicklung“ zum sozialen Staat sind eitel.

3 Proletarische Aktionen

3.1 Der Achtstundentag

Betrachten wir uns jetzt die Aussichten des Proletariats vom Standpunkt seiner bisherigen Aktionen. Es wird sich zeigen, dass mit keinem einzigen dieser Kampfmittel dem Kapital jemals auch nur ein Haar gekrümmt wurde, ja, dass die meisten Aktionen sogar den Charakter als Bumerang in ausgeprägtester Form tragen.

Mit dem Achtstundentag (der übrigens aus hygienischen Gründen durchaus und mit allen Mitteln zu erstreben ist) wird weniger produziert und damit die Zeitspanne von einer Krise zur anderen verlängert. Statt alle fünf Jahre kommt mit dem Achtstundentag die Krise jetzt alle acht oder zehn Jahre. Während man früher 12 Stunden und mehr arbeitete, um sich dann in monatelanger Arbeitslosigkeit zu „erholen“, arbeitet man jetzt kürzere Zeit, dafür aber mit verkürzten Ferien. Die in Abschnitt 1.3 beschriebene Autosabotage braucht der Kapitalist mit dem Achtstundentag seltener in Anwendung zu

bringen, um sich gegen eine drohende Kapitalüberproduktion (nicht mit Warenüberproduktion zu verwechseln!) zu sichern. Das ist alles, wenn es auch schon sehr viel für den Arbeiter wie für den Kapitalisten ist. Jeder einsichtige Kapitalist wird im eigenen Interesse für den Achtstundentag eintreten. Wenn man den Sechsstundentag einführt, so brauchte der Kapitalist überhaupt nicht mehr zu streiken und vielleicht könnte der Kurs des Kapitals von 4 auf 8% steigen. Ihm, dem Kapitalisten, wäre das recht.

Aber betrachten wir hier einmal den Achtstundentag von einer anderen Seite. Nehmen wir an, es wäre geglückt, die periodischen Krisen zu überwinden, dadurch, dass der Mechanismus der kapitalistischen Autosabotage zerstört worden wäre. (Anm: Wie das geschehen kann, erfährt man aus den Schriften des S.F.u.F.B.) Die etwa im Übermaß erzeugten Waren (Überproduktion von Waren) müssten die Kapitalisten jetzt eigenhändig in eine Überproduktion von Kapital überleiten.

Wer arbeitslose Bauhandwerker zusammenruft, unverkäufliche Baumaterialien (Warenüberproduktion) kauft, um dann Mietskasernen zu bauen, der verwandelt die Warenüberproduktion in Kapitalüberproduktion, der leitet den Druck von den Preisen ab auf den Zins.

Dann würde das Kapital zusammen mit der Warenproduktion wachsen. Je mehr die Arbeiter schaffen würden, umso stärker würde das Angebot von Kapital. Und dieses Angebot drückt auf den Zins des Kapitals, wie das Angebot von Waren auf den Preis der Waren drückt. Denn der Kapitalzins wird genau wie der Warenpreis durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Dauert dieser Druck genügend lange an, so verschwindet der Zins vollständig; er geht von 5 auf 4 - 3 - 2 - 1 - 0% herab. Damit ist aber das eigentliche Ziel aller proletarischen Aktionen erreicht – der Mehrwert, die Ausbeutung ist aus der Welt geschafft. Und mit der Beseitigung der Ausbeutung genügt wieder der Vier-, Fünf- oder Sechsstundentag, um das Kapitalangebot auf gleicher, den Zins vernichtenden Höhe zu halten und dem Arbeiter gleichzeitig doppelten Arbeitsertrag (nicht mit Arbeitsprodukt zu verwechseln) zu verschaffen.

So lange mit der Autosabotage des Kapitals (Abschnitt 1.3) zu rechnen ist, ist auch die Acht-, ja Sechsstunden-Forderung ganz vernünftig. Scheidet dieser Faktor jedoch einmal aus, so wird umgekehrt die volle Anspannung aller Kräfte, die intensive verständige, freudige Arbeit das gegebene Mittel, um das Kapital zu überwinden und den Sechsstundentag möglich zu machen bei verdoppeltem Arbeitsertrag. Tiefend von Schweiß werden wir den sozialen Staat betreten – wenn wir ihn betreten sollen.

3.2 Steuerpolitik

Die proletarische Steuerpolitik (Kampf für die progressive Einkommenssteuer, Kampf wider die indirekten Steuern, Kampf wider die als überflüssig erachteten Staatsausgaben (Rüstungen) leistet als Agitationsmittel (falls der wirtschaftliche Druck als Agitationsmittel nicht ausreicht) vielleicht gute Dienste, aber dem Kapital krümmt der Proletarier auch damit kein Haar. Diese Politik geht von der Voraussetzung aus, dass der Lohn des Arbeiters durch die nationale Steuerpolitik erfasst werden könne, dass also der Arbeitslohn eigentlich keine internationale Größe sei.

Es stellt sich jedoch bei scharfer Betrachtung der wirtschaftlichen Vorgänge heraus, dass weder der Lohn noch das Kapital überhaupt besteuert werden können, dass Zins

und Lohn als internationale Größen alle ihnen auferlegten Steuerbürden restlos abwälzen können. Auf wen? Nur einen gibt's noch, der sich neben dem Lohn und dem Zins in die Arbeitsprodukte teilt – und das ist die Grundrente. Diese muss also die vom Lohn und Zins abgeschüttelten Steuerbürden tragen. Und sie tut's auch – und muss es.

Drückt man in der Schweiz den Kapitalertrag durch Steuern unter das internationale Niveau, so denkt schon kein Kapitalist mehr daran, in der Schweiz ein Mietshaus, eine Fabrik zu bauen. Die schweizerischen Kapitalisten ziehen dann vor, die sich bildenden neuen Kapitalien im Ausland anzulegen. Und dann können die schweizerischen Haus- und Fabrikbesitzer wegen mangelnder Konkurrenz die Mieten erhöhen und die an den Grundbesitzer zu zahlenden Renten herabsetzen, und zwar so weit, bis der „normale“ internationale Zins netto zum Vorschein kommt und der Bau neuer Häuser und Fabriken in der Schweiz wieder einsetzen kann. Bis das geschieht, würden die Haus- und Fabrikbesitzer allerdings die ihnen auferlegten Steuern tragen, aber wiederholen dürfte man das Experiment nicht, weil die Kapitalisten dann nicht auf ihre Rechnung kämen und die Schweiz als Anlageland für Kapital ganz meiden würden. Dann stiege der Zins über das internationale Niveau, um sich dauernd darüber zu halten.

Und wie der Kapitalist, so macht es der Lohnarbeiter; auch er wälzt von sich ab, so viel ihm durch direkte oder indirekte Steuern aufgebürdet wird. Wie es dem Arbeiter gleichgültig ist, ob er in Weinbergen, fetten Wiesen oder im Moor arbeitet, ob er Diamanten oder Kohlen schaufelt, ob die Fabrik 0 oder 10% Dividende verteilt, ob der Unternehmer zu Wohlstand gelangt oder Bankrott macht, so muss es ihm auch gleichgültig sein, wie das Land verwaltet wird, ob die Staatseinnahmen ordentlich verausgabt oder verschleudert werden, ob man vom Arbeiter 100 – 1000 oder 5000 Franken Steuer erhebt, ob diese Steuer als Kopfsteuer oder als indirekte Steuer erhoben wird oder gar ob der Staat dem Arbeiter aus der Steuerkasse einen jährlichen baren Beitrag zahlt. Alle diese Dinge kommen ja doch im Lohnvertrag zur Verrechnung. Erhält der Kellner keine Trinkgelder, so muss ihm der Wirt einen Lohn zahlen; dort, wo es aber Sitte ist, hohe Trinkgelder zu zahlen, muss umgekehrt der Kellner dem Wirt eine Lizenz bezahlen. Für den Kellner ist das einerlei. Ebenso für den Wirt. Nur dem Besitzer des Grundstücks, auf dem der Wirt und der Kellner arbeiten, ist es nicht einerlei. Die Grundrente gleicht das alles aus. Sie setzt Lohn und Kapitalzins allzeit auf das internationale Niveau herab oder herauf. Sie wirkt wie ein Staubecken zur Regulierung des Wassers in den Kraftwerken (Anm: Näheres über diese wichtigen Dinge in den Schriften des Schweizerischen Freiland- und Freigeld-Bundes).

Was haben die Proletarier aller Länder gegen das Militärbudget aus lohnpolitischen Gründen geschimpft! Diese Milliarden, die da wieder für Kanonen gefordert und durch Bier- und Tabaksteuern gedeckt werden sollen – wir Proletarier müssen sie zahlen! So sagte man in Berlin, in Paris, in London. In Wirklichkeit haben die Arbeiter aber nie einen Hapfen zu den Kosten der Kanonen beigetragen. In Preußen arbeiteten vor dem Krieg über eine Million italienischer, polnischer, amerikanischer, belgischer, holländischer Wanderarbeiter, also Männer, denen die ganze Welt offen stand, von denen Hunderttausende auch oft den Ozean gekreuzt hatten. Und sie fanden, dass sie in Amerika und Holland, wo es keine Soldaten gab, nicht besser leben konnten als im Schatten der kostspieligen preußischen Geschütze! Wie kam das? Wo blieb das Geld, dass die holländischen und amerikanischen Proletarier am Militärbudget sparten? Das Staubecken, die Grundrentner nahmen es auf. Statt Geschützarbeiter hatten die Amerikaner Milliarden und Lakaien. Was nützt das aber dem Proletarier?

Es waren also Windmühlenkämpfe, die die Vertreter des Proletariats in den Parlamenten gegen die Steuern führten. Völlig verlorene Zeit. Wie anders wäre es gewesen, wenn die Arbeitervertreter in den Parlamenten gesagt hätten: Besteuert uns, so viel ihr wollt, es ist uns ganz einerlei; wir wälzen alle Steuern restlos mitsamt den Erhebungskosten auf die Grundrenten ab. Das wirtschaftliche Lohngesetz macht alle eure bösen Pläne zu Schanden. Baut Kanonen – ihr werdet sie restlos zahlen. Führt Krieg – ihr traget die Kosten. Der Proletarier kann nicht besteuert werden. Alle Torheiten, die ihr in der Verwaltung des Staates, die nichts anderes ist als Grundbesitzverwaltung, begeht, die Grundrentner müssen sie zahlen.

3.3 Streikpolitik

Der Lohn ist das Produkt eines Handels, nicht eines Kampfes. Der Schwerpunkt, um den der Lohn im Einzelfall pendelt, ist der Ertrag der Arbeit auf Freiland. Wer den Lohn allgemein heben will, muss seinen Schwerpunkt, den Arbeitsertrag auf Freiland, heben. Alles andere ist vertan. Sobald man durch Streik den Lohn über den Arbeitsertrag auf Freiland hebt, löst man auch schon den Rammbock aus, der ihn ebenso tief unter dieses Niveau niederschlägt. Drückt umgekehrt der Unternehmer den Lohn unter diese Grenze, so wird er sich bald umsonst nach Arbeitern umsehen und durch Lohnaufbesserung seine Sünden gutzumachen suchen. Namentlich einseitig nationale Streikpolitik ist vergebliche Arbeit. Wenn die Unternehmer unter dem Zwange ihrer Lieferungsverträge den Lohnforderungen der Arbeiter nachgeben und infolgedessen die herkömmliche Dividende nicht mehr herauswirtschaften können, so entsteht auch ganz sicher durch Autosabotage der Kapitalisten an anderer Stelle Arbeitslosigkeit. So geht der Streik, wenn er Erfolg hat, notwendigerweise auf Kosten anderer Arbeiter. Noch schlimmer ist es, wenn einzelne Gewerkschaften durch besonders straffe Organisation ihre Lohnsätze über das allgemeine Niveau heben. Um diesen gehobenen Lohn zu verteidigen, müssen sie dann die diesem Berufe zuströmenden Arbeitskräfte durch Gewaltmittel fernhalten, wie z.B. durch Beschränkung der Lehrlingszahl. Was soll aber aus dem Nachwuchs werden, wenn solche Gewerkschaftspolitik allgemein befolgt würde? Solche Lohnhöhungen gehen dann auf Kosten des schwächsten Teiles der Arbeiter, auf Kosten der Lehrlinge (oder auch der Konsumenten) während der Arbeiter doch das Kapital treffen möchte. Sobald man zu solchen Gewaltmitteln greifen muss, gibt man den Grundsatz der Solidarität auf. Nichts wäre aber dem Proletariat verderblicher, als wenn die Lohnpolitik die einzelnen Gewerkschaften in Gegensatz zu einander brächte. So lange das Kapital selber Autosabotage treiben muss, um seinen historisch normalen Kurs von 4 – 5 % zu behaupten, ist es gänzlich überflüssig, dass die Arbeiter sie darin durch Streik und gewerkschaftliche Lohnpolitik auf Kosten der Solidarität der Arbeiter unterstützen. Will man den Lohn allgemein heben, so muss man seinen Schwerpunkt heben, d.h. den Arbeitsertrag auf Freiland. Gewerkschaftliche Lohnpolitik kann dem Kapital niemals etwas anhaben – und ist darum den allgemeinen Arbeiterinteressen schädlich und zu verwerfen.

Zeigt der Kurs des Kapitals einmal die Neigung über 4 – 5 % hinaus zu steigen, so braucht der Proletarier auch noch nicht zu streiken, um durch erhöhte Lohnforderungen sich dieses Mehr zurückzuholen. Dazu genügt schon die Konkurrenz, die sich die Kapitalisten selber machen. Die Geschichte von mehreren 1000 Jahren zeigt, dass der Zins eine eherne Größe ist, dass er schnell und sicher auf seinen Schwerpunkt zurück-

fällt, sobald er durch außergewöhnliche Verhältnisse aus dem Gleichgewicht gebracht wird. (s. die Freigeld-Zins-Theorie) Ist es z.B. für die Hausbesitzer und den Mietzins nicht ganz einerlei, ob der Kapitalist oder der Arbeiter streikt? In beiden Fällen stockt die Bautätigkeit, in beiden Fällen geht wegen Wohnungsmangel der Mietzins herauf. Hier sieht man es genau, wie der Streik, einerlei ob er vom Kapitalisten oder vom Arbeiter ausgeht, dem Kapital, in diesem Fall dem Hauskapital zu gute kommt.

Es gibt Zeiten, wo unter dem Druck irgendeiner Währungspuscherei alle Preise in die Höhe gehen. Das war z.B. 1890 – 1911 der Fall. Begleitet findet man solche Preissteigerung (Hochkonjunktur) regelmäßig von starker Anspannung aller produktiven Kräfte. Die Arbeiterreservearmee (die sonst den Streikenden in den Rücken zu fallen pflegt) löst sich auf und diejenigen Unternehmer, die Arbeiter brauchen, müssen sie ihren Konkurrenten durch erhöhte Lohnangebote abluxen - was dann die anderen Unternehmer zwingt, ihrerseits die Löhne zu heben. In solchen Fällen ist es in der Regel nicht nötig zu streiken, um die Löhne auf das gehobene Niveau der Warenpreise (und darüber) zu heben. Meistens wird der Unternehmer durch den Wegzug einzelner Arbeiter über die Lage des Arbeitsmarktes unterrichtet. Wenn er klug ist, wird er wissen, was er tun muss, um weitere Arbeiter vom Wegzug abzuhalten und den Streik der verbleibenden zu verhüten. Denn diesen Streik würde er sicher verlieren. Darum kann man sagen, dass der Streik nur dort Anwendung haben soll, wo der Unternehmer die Zeichen des Arbeitsmarktes nicht richtig deutet. Der Arbeitsmarkt reguliert sonst die Löhne automatisch.

Je freizügiger die Arbeiter sind, umso empfindlicher wird dieser Automat arbeiten. Eigentlich freizügig sind aber nur die Wanderarbeiter, die ledigen Arbeiter. Darum müssten die Gewerkschaften dafür sorgen, dass in den einzelnen Betrieben stets ein bestimmter Prozentsatz von ledigen Arbeitern (Wanderarbeiter, kinderlose Arbeiter etc.) vorhanden sei. Noch wirksamer wäre es, wenn die Gewerkschaften die Umzugskosten der Arbeiter auf ihre Rechnung nähmen. Aber dem Kapital würde auch hier kein Haar gekrümmt.

3.4 Teuerungsaktionen

Steigende Warenpreise bedeuten für das Proletariat durchaus nicht immer verstärkten Notstand. Im Gegenteil nimmt in Friedenszeiten der Notstand mit der allgemeinen Preissteigerung in der Regel sogar eher ab als zu. Nennt man eine Sache „teuer“, weil man sie mit dem gewohnten Opfer an Arbeit nicht mehr erlangen kann, so bedeutet Teuerung allerdings Notstand, aber wenn der Lohn zusammen mit den Warenpreisen steigt, wie das in den sogen. Hochkonjunkturen der Fall ist, so darf man Preissteigerung nicht mit Teuerung verwechseln. Im Gegenteil hat solche Preissteigerung sogar die vom Proletariat niemals hoch genug einzuschätzende Folge, dass die mit der Hochkonjunktur einsetzende allgemeine Belebung der Industrie die Arbeiterreservearmee oft völlig auflöst. Wenn die Arbeiter mehr als es bisher beobachtet werden kann, das Solidaritätsgefühl pflegten, so würden sie im Interesse der Arbeitslosen gerne die höheren Warenpreise zahlen, gehoben im Bewusstsein, dass die Hochkonjunktur das heute einzig wirksame Mittel ist, den Arbeitslosen zu helfen. Die Erlösung vom Fluch der chronischen Arbeitslosigkeit kann heute nur mit einer allgemeinen Preissteigerung erkaufte werden.

Jetzt, seit Kriegsausbruch, beobachten wir auch eine allgemeine Preistreiberei, die aber weit über die Lohnerhöhungen hinausgeht. Hier handelt es sich um eine Begleiterscheinung des Krieges, um einen Notstand, um Teuerung im wahren Sinne des Wortes. Freilich mussten die Preise nicht notwendigerweise mit den mangelnden Zufuhren steigen. Wenn die Nationalbank kein Papiergeld ausgegeben hätte, als bei Kriegsausbruch alles Metallgeld vom Volk verschätzt wurde, so wären trotz mangelnder Zufuhren die Preise der Lebensmittel tief unter den früheren Stand gefallen. Ohne Geld kann niemand kaufen, und wenn es an Käufern fehlt, so fallen die Preise. Warenmangel und zugleich Geldmangel heben sich in Bezug auf ihre Wirkung auf die Preise gegenseitig auf. Wäre das aber ein Vorteil für das Proletariat gewesen? Man vergesse nicht, dass der Arbeiter nur dann Arbeit „findet“, wenn der Unternehmer dabei auf seine Kosten kommt. Wenn aber wegen Mangel an Geld und Nachfrage die Preise sinken, während die Löhne unverändert fortbestehen sollen, so entsteht beim Unternehmer notwendigerweise eine Unterbilanz, die diesen zur Schließung der Fabrik zwingt. Der Arbeiter würde also nur unter der Bedingung Arbeit finden, dass der Unternehmer diese Unterbilanz auf die Arbeiter abwälzen könnte.

Die Nationalbank hätte sich nun darauf beschränken können, nur genau soviel Papiergeld als Ersatz für das verscharrte Metallgeld auszugeben, als nötig war, um die Preise unverändert auf gleicher Höhe zu halten. Zeigen z.B. die Preise allgemein eine Neigung nach oben, dann soll die Nationalbank Papiergeld einziehen und verbrennen. Wegen Mangel an Geld, Käufern und Nachfrage gehen die Preise dann rückwärts. Fallen sie dabei unter den gewollten Stand, so operiert die Nationalbank umgekehrt, indem sie Papiergeld druckt und dieses zur Verstärkung der Nachfrage in Umlauf bringt. Diese Notenpolitik nennt man „absolute Währung“. In Friedenszeiten würde der Anwendung dieser Methode nichts im Wege stehen. In Kriegszeiten wäre sie ohne eine Reihe von anderen Kriegsmaßregeln nicht durchzuführen. Man beachte nämlich, dass es kein anderes Mittel gibt um die Nachfrage auf der Höhe des jetzt beschränkten Angebots zu halten, als eine Beschränkung der Kaufkraft der Volksmassen. Geht die Wareneinfuhr von 1000 auf 800 zurück, so muss auch selbstverständlich die Nachfrage von 1000 auf 800 zurückgehen – anderenfalls würden ja die Preise steigen.

Diese Herabsetzung der Kaufkraft der Volksmassen auf die Höhe der Wareneinfuhr besorgte bisher die Preiserhöhung der Waren und zwar automatisch. Der Preisaufschlag hob den Brotkorb aus dem Bereich der schwächsten Käufer. Würde man darum die Preise der Waren auf gleicher Höhe festhalten wollen, so müsste die Nachfrage auf die Höhe der verminderten Zufuhren zurückgeschraubt werden. Wie aber könnte man das erreichen, wenn die gleichen Löhne und Gehälter ausbezahlt werden? Die Nachfrage soll eben auf das Niveau des zurückgegangenen Angebots zurückgehen – entweder durch herabgesetzten Lohn oder durch erhöhte Preise, da feste Preise sich nur als Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot vorstellen lassen. Will man weder die Löhne herab- noch die Preise heraufsetzen, so bleibt nur ein Ausweg übrig, das ist die jetzt tropfenweise und zögernd durch das Kartensystem herbei geführte Kontingentierung. Mit diesem System wird der nun einmal vorhandene Mangel an Lebensmitteln zwar nicht beseitigt, jedoch gleichmäßig auf alle verteilt. Den Lebensmitteln gegenüber hängt dann die Kaufkraft nicht mehr vom Besitze von Geld ab. (Anm: In der Zeitschrift „Die Familie“ vom 11.8.1917 wurde ein „Lebensmittelgeld“ vorgeschlagen, das die Kaufkraft kontingentierte, jedoch jedem die Wahl zwischen den einzelnen Waren frei ließ.)

Das Volk leidet Mangel und hat gleichzeitig die Taschen voll Geld. Sparzwang. Das System hat den Vorteil, dass das Geld, das jetzt durch die allgemeine Preissteigerung den Wucherern, Schiebern, Spekulanten fast automatisch zufließt (viele hundert Millionen), Eigentum des Volkes bleibt.

Es handelt sich jetzt um einen Volksnotstand, der auch als solcher behandelt werden muss. Nur der Hunger des ganzen Volkes kann einen Ausgleich schaffen für den Ausfall an Zufahren. Von den Kapitalisten, die in Friedenszeiten auf Kosten der Arbeiter leben, darf man auch in Kriegszeiten irgendwelche Erleichterungen nicht erwarten. Es hieße ihnen unverdiente Ehre erweisen. Der Volksnot kann nur die Sparsamkeit der Volksmassen wirksam begegnen.

Sieht man vom jetzigen Kriegszustand ab, so müsste eigentlich im Interesse des gesamten Arbeiterstandes jede Aktion gegen allgemeine Preissteigerungen unterbleiben. Auch müssten die statistischen Arbeiten, die zur Messung solcher allgemeiner Preissteigerungen nötig sind und deren Ausführung von Staats wegen die Kapitalisten immer hintertreiben (weil sie deren Ergebnisse fürchten), um einwandfreies Material zu gewinnen, von den Arbeiterorganisationen in die Hand genommen werden. (Anm.: Wie solche Statistik zu führen ist, darüber in den Schriften des Schweizerischen Freiland- und Freigeld-Bundes)

So oft dann diese Statistik eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nachweist, könnten die Arbeiter und Beamten Lohnerhöhungen fordern und der Regel nach ohne Schwierigkeiten durchsetzen (Hochkonjunktur). Dafür dürften sich dann die Arbeiter nicht gegen die Erhöhung der Warenpreise erheben, die ihrerseits den Bauern, den Handwerkern, den freiwerbenden Arbeiterkategorien, wie auch den Staatsfinanzen große Vorteile bringt. Denn wie gezeigt wurde, bedeutet eine allgemeine Steigerung eine Entlastung aller verschuldeten werbenden (arbeitenden) Klassen – auf Kosten der Rentiers. Solche Politik würde das Solidaritätsgefühl unter allen Arbeitern wecken. Der Arbeitslohn (als internationale Größe) würde zwar keinen Gewinn davon tragen, immerhin ist im Hinblick auf die Arbeitslosen jede allgemeine Hochkonjunktur hoch einzuschätzen. Statt dass durch die jetzigen Aktionen der Arbeiter (Milchgeneralstreik) das Industrie- und Landvolk gegeneinander verhetzt wird und das Proletariat dadurch zur ewigen Ohnmacht verurteilt wird, würde solche Rücksichtnahme auf die immer schwierige Lage des ewig verschuldeten Bäuerleins diesen dem Proletariat in die Arme führen. Nichts ist für das Proletariat schädlicher als die Zwietracht zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien. Ob Bauer, Kaufmann, Hausierer, Arzt, Seiltänzer, Beamte, Lehrer, Pastor, Polizeimann, Richter, Chemiker, Techniker usw. Allesamt sind Arbeiter, alle sollen an demselben Strang ziehen, und wenn einer dieser Kategorien ein Vorteil zugeführt werden kann, so sollen alle anderen auch dann helfen, wenn sie persönlich nicht daran beteiligt sind. Viribus unitis. Nur durch vereinte Kräfte, nur mit den Bauern – sonst bleibt das Proletariat machtlos, eine Beute der Wölfe, wie bisher. Für das Proletariat soll es heißen: Hie Arbeiter – dort Rentiers.

3.5 Krisenaktionen

Wer die vom Proletariat in Krisenzeiten gewöhnlich geforderten staatlichen und städtischen Hilfsaktionen vom Standpunkt der Krisenursache (s. die Autokapitalsabotage,

Abschnitt 1.3) betrachtet, wird sich nicht mehr wundern, dass diese Aktionen so wenig helfen. Wenn der Kapitalist streikt, weil die Wohnungen, Fabriken, Schiffe nicht mehr die geforderten 4 – 5 % Zins abwerfen – was soll es dann bedeuten, dass die Gemeinden zu Notstandsarbeiten aufgefordert werden, deren wenige Produkte (Häuser, Fabriken, Schiffe) doch nur die Krise verschärfen können? Wie man Warenüberproduktion nicht durch verstärkte Warenproduktion beseitigt, so kann man auch Kapitalüberproduktion nicht durch Notstandsarbeiten, durch Kapitalproduktion beseitigen. Die Ursache der Krisen ist doch der Streik der Kapitalisten, die auf ihrem gewohnten Tribut von 4 – 5 % bestehen! Diese Ursache beseitige man, man bestrafe die Kapitalsabotage, man bestrafe sie so hart und schwer, dass der Kapitalist für immer die Lust am Sabotieren verliert. Das Geld ist als öffentliches Verkehrsmittel zu betrachten und entsprechend zu behandeln – es darf daher nicht geduldet werden, dass der Geldumlauf aus privatwirtschaftlichen Gründen gesperrt wird, um den Zins tribut sicher zu stellen. Bedingungslos, wenn möglich ohne Zins, soll das Geld seinen Zweck, den Warenaustausch, erfüllen. Wie der Privatmann keine Eisenbahnzüge anhalten, keine Straßen sperren kann, so darf er auch das Geld nicht am Umlauf hindern. Die Bauerbeiter zu entlassen, den Familien das Obdach zu verweigern, bloß weil der Kapitalist vom Geld, also vom staatlichen Tauschmittel, einen höheren Zins beansprucht als den, der zur Zeit erhältlich – das darf nicht länger geduldet werden.

Wer von solcher Behandlung des Kapitals absehen und dennoch den Folgen der Krise begegnen will, wird nur Unsinn machen. Das geht schon aus folgender Überlegung hervor. Zurzeit besteht in Bern und Zürich arge Wohnungsnot, begleitet von einer Baukrise. Die Ursache: Die Steigerung der Baukosten, der die Mieten noch nicht im vollen Umfang gefolgt sind. Ungenügende Rentabilität der Neubauten vom Standpunkt des historisch normalen Zinsfußes betrachtet. Der Kapitalist wartet, bis die Wohnungsnot die Mieten durchweg auf die Rentabilität der Neubauten gehoben hat. Dann erst, wenn die Sonne von 5 % das Reptil bescheint, beginnt es sich zu regen. Dann erst dürfen die Arbeiter wieder schaffen, dann erst darf der Handel mit Baumaterialien wieder einsetzen.

Jedoch so geduldig wie die Rentiers können die Arbeitslosen nicht warten. Sie hungern und sehen auch, dass ihre Arbeit für die Obdachlosen nötig wäre. Sie wenden sich an den Staat. Er soll im Interesse des Volkes das tun, was die Kapitalisten aus privatwirtschaftlichen Gründen unterlassen. Er soll das Geld zu den Neubauten beschaffen! Der Staat. Ja, aber wo soll der Staat, dieser Büttel der Kapitalisten, das Geld herholen? Der Staat der Kapitalisten hat ja doch nichts als Schulden. So muss der Staat sich an die Kapitalisten wenden – von ihnen dasselbe Geld erbetteln, das diese den Bauunternehmern verweigerten! Der Kapitalist verlangt 5 % für das Geld und die Häuser, die der Staat mit dem Geld der Kapitalisten bauen wird, werden nur 2,5 % einbringen. Wem hilft man da?

Dieses Defizit der den Stempel des Bankrotts tragenden Notstandspolitik kann den Arbeitern so weit ja gleichgültig sein, denn der Lohn, als internationale Größe, ist am Defizit der Staatsfinanzen unbeteiligt. Nur das soll hier gezeigt werden, dass so lange und in dem Maße wie der Staat oder die Gemeinde baut, kein Privatmann noch baut, dass also die Notstandsbauten die Krise nur verlängern können. etc. etc.

3.6 Mieterstreik

Als infolge der Baukrise Wohnungsnot entstand und die Mieten anzogen, um sich der Rentabilitätsgrenze der Neubauten zu nähern, da wurde ausgerechnet in sozialistischen Zeitungen ganz ernsthaft zum Mieterstreik aufgefordert. Mieterstreik! Mieterstreik ist doch nichts anderes als Mietzinsstreik. Und Zins bezahlt der Proletarier den ganzen Tag von früh bis spät. In den Preisen aller Waren, die er kauft, steckt Zins, vom Preis der Eisenbahnfahrkarte sind mehr als 50% Zins, das Theaterbillet besteht zum großen Teil aus Zins für das Theatergebäude. Der Preis des Gases wäre reichlich 50% niedriger, wenn das Gaswerk nicht mit 5% verzinst werden müsste. Und ohne den Zins für die Staats- und Gemeindeschulden wären vielerorts die Steuern um die Hälfte niedriger. Auch der Lohn wäre im Durchschnitt ein ganzes Teil höher, wenn das in der Fabrik „angelegte Kapital“ nicht verzinst werden müsste.

Warum also nur den Mietzinsstreik? Warum aus der Klasse der Kapitalisten den einen Sünder, der doch fürwahr der bescheidenste von allen ist, den zumeist verschuldeten Hausbesitzer herausgreifen? Meistens sind es kleine, unerfahrene Kapitalisten, die ihr Geld in Mietshäusern anlegen. Der Mieterstreik, wenn er nicht vom Generalstreik, von der Revolution unterstützt wird, ist Unsinn. Und wenn er diese Unterstützung hat (...)

Solange das Proletariat das Kapital nicht überwinden kann, fährt es am besten, wenn es das kapitalistische Gesetz der ehernen Rentabilität achtet. Durch kleine Listen und Sticheleien ist ihm nicht beizukommen. An dem Tage, wo der Mieterstreik ein nur irgendwie ernsthaftes Gesicht nähme, würde die Bauindustrie auf die schwarze Liste des Kapitals gesetzt, d.h. zu denjenigen Geschäften gezählt, die als besonders (...)

3.7 Postsparkasse

Nur als Kuriosität und als Vorbereitung zu der folgenden Darstellung der Freigeld-Kapitaltheorie soll diese Aktion erwähnt werden. Es ist nämlich Tatsache, dass sich berufene Vertreter der Sozialdemokratischen Partei bei der Besprechung des Postsparkassenprojektes dahin geäußert haben, sie hätten kein Interesse mehr an der Sache, weil sie im Nationalrat mit ihrer Forderung, den Zinsfuß für Spareinlagen von 3 auf 4 % zu erhöhen, nicht durchgedrungen seien!!!

Also nicht der Kapitalist forderte eine Erhöhung der Ausbeutungsrate, sondern der Proletarier! Demnach hätte der Sozialdemokrat nichts dagegen einzuwenden, wenn all denen, die Geld von der Sparkasse (wie von den übrigen Instituten) für ihre Unternehmungen holen, der Zinsfuß möglichst hoch geschraubt würde! Je höher, je besser! Wenn z.B. der Bauunternehmer den Sparkassen und Hypothekenbanken 10 statt 5 % bezahlen müsste, so wäre das den Proletariern nicht nur gleichgültig, sondern im Hinblick auf ihre Sparkassenbücher sogar willkommen!

Mein Gott – sind das die praktischen Ergebnisse eines 50jährigen wissenschaftlichen Studiums des Kapitals?

Die genannte Forderung, so drollig sie auch dem Wissenden erscheinen mag, steht auf allen Vieren in Übereinstimmung mit den vorhergehenden von der Kapitaltheorie der orthodoxen Sozialdemokratie inspirierten Aktionen. Nach dieser Theorie erfolgt die Ausbeutung des Proletariats restlos bei der Arbeit, in der Fabrik, auf dem Felde, durch

den Besitzer der Produktionsmittel. Wenn man darum „nachträglich“ dem Kapitalisten etwas wieder von der Beute abjagen kann, wie z.B. durch die Erhöhung des Zinsfußes der Sparkassen, so ist das barer Gewinn für die Arbeiter! Der Unternehmer beraubt ja das Proletariat ganz unabhängig von dem Zins, zu dem das Geldkapital erhältlich ist! Muss er 10 statt 5 % bezahlen, umso schlimmer für ihn, umso besser für den Sparkassenbuchbesitzer! (Proletarier).

Die Freigeld-Kapitaltheorie stellt diesen Satz direkt auf den Kopf. Sie sagt: Das Geldkapital beherrscht absolut die Produktion sonstigen Kapitals (Mietshäuser, Fabriken usw.). Der Zinsfuß, den das Kapital erhebt, den muss auch alles andere Kapital als Minimum erheben. Können die Häuser, Fabriken, Schiffe den Zins des Geldkapitals nicht mehr erheben (infolge wachsender Kapitalproduktion), so wird auch kein Haus, keine Fabrik mehr gebaut, bis dass der Haus- und Fabrikzins die Höhe des Geldzinses wieder erreicht hat.

Der Geldzins ist der Gleichgewichtspunkt, um den der Zins aller anderen Kapitalien (mit Ausnahme der Bodenrente) pendelt. Wer diesen Punkt hebt, der hebt den Zins allgemein, der hebt die allgemeine Ausbeutungsrate des Kapitals. Die oben genannte sozialdemokratische Aktion läuft also darauf hinaus, dass, um den Sparkassenbuchbesitzern 4 statt 3 % Zins für ihre kleinen Ersparnisse zu verschaffen, die allgemeine Ausbeutungsrate des Kapitals im Verhältnis von 3 zu 4, also um 33% hätte steigen müssen! Beträgt z.B. das in Sparkassenbüchern in der Schweiz angelegte proletarische „Kapital“ hoch gegriffen etwa 1 Milliarde, während das Gesamtkapital in der Schweiz mit 40 Milliarden geschätzt wird, so ergibt sich, dass um den Zinsertrag jener Milliarde von 30 auf 40, also um 10 Millionen zu heben, das Proletariat den Besitzern von 40 Milliarden 2000 statt 1600 Millionen an Zinsen jährlich zahlen müssten!

Um den Sparkassenbuchbesitzern 10 Millionen mehr an Zinsen zu sichern, müssten die Proletarier 400 Millionen mehr an Zinsen (Mehrwert) zahlen! Wobei dann noch zu beachten ist, dass auch noch die 10 Millionen, die die Sparkassenbuchbesitzer mehr erhalten würden, ihren Kameraden vom Lohne abgezogen werden müssten! Also auch wieder der Bumerang, und zwar der Überbumerang, der mit verstärkter Kraft auf den Schützen zurückstößt.

3.8 Versicherungswesen

Der Gleichgewichtspunkt des Lohnes ist der Arbeitsertrag auf Freiland. Wer den Lohn heben will, muss diesen Gleichgewichtspunkt heben, sonst ist alles vertan, verlorene Müh. Wie dieser Schwerpunkt gehoben werden kann, das wird im letzten Kapitel gezeigt werden. Alle Vergünstigungen, die dem Proletariat auf gesetzlichem Wege zu Teil werden und die den Freilandarbeiter nicht erreichen und demnach auch den Gleichgewichtspunkt des Lohnes nicht heben, werden durch einen entsprechenden Lohnabzug von Kapital wieder konfisziert. Baut man z.B. dem Arbeiter ein Haus, so erhält er entsprechend weniger Lohn. Schafft man das Schulgeld ab, schenkt man den Kindern aus sogenannten Staatsmitteln das Schulmaterial, im Lohne des Vaters wird das zum Ausdruck kommen. Alle Vergabungen gutherziger (...) für städtische Wohlfahrtsanstalten - Spitäler, Waisenhäuser, Büchereien, Greisenasyle usw. - nutzen allein dem Kapitalisten, in diesem Falle dem Grundrentner. Im Lohne werden dem Arbeiter die Annehmlichkeiten solcher „Vergabungen“ in Rechnung gestellt.

Dagegen wird jede Vergünstigung, die auf natürlichem oder gesetzlichem Wege dem Freiländer zu Teil wird, sich auch automatisch auf den Lohn aller Arbeiter übertragen. Baut man auf Staatskosten, d.h. auf Kosten der Grundrentner, den Freiländern Straßen, die ihren Arbeitsertrag um 5 % mehr, so steigt auch der Lohn auf der ganzen Linie um 5 %. Auch sonst wird jeder Fortschritt in der Technik, in den Wissenschaften, der das Arbeitsprodukt des Freiländers mehrt, sich in eine allgemeine Lohnerhöhung umsetzen, und zwar immer auf Kosten der Grundrente. Erhebt man eine Grundrentensteuer, um deren Ertrag den Arbeitern zu schenken, so wird der Grundrentner durch Lohnabzug dieses Geschenk wieder hereinholen. Gibt man aber den Ertrag solcher Steuern den Freiländern, meinetwegen in Bargeld, so wird der Lohn aller Arbeiter entsprechend steigen, so dass der Grundrentner die ihm auferlegte Steuer doppelt zahlt – einmal als Steuer, ein andermal als Lohnerhöhung. Der Arbeitsertrag des Freiländers ist eben der Gleichgewichtspunkt des Lohnes schlechthin. Wer diesen hebt, der allein verbessert die Lage des Proletariats. Alles andere ist vertan. Aber unbeteiligt an der Sache bleibt stets der Kapitalzins. Er ist unabhängig vom Lohne. Ob der Lohn steigt oder fällt, dem Kapitalzins ist das einerlei. Er ist eine eiserne Größe. Würde es hingegen gelingen, auf andere Weise den Kapitalzins herabzusetzen von 5 auf 3 – 2 – 0%, so käme das dem Arbeitsertrag des Freiländers und durch diesen dem allgemeinen Lohn zugute (also nicht der Grundrente).

Auf die Hebung des Gleichgewichtspunktes der Löhne müssen darum alle Aktionen des Proletariats gerichtet sein. Hier müssen die Hebel angesetzt werden. Kommt das Versicherungswesen den Freiländern zugute, mehrt es deren Sicherheitsgefühl, deren Lebensfreude auf irgendeine Weise, wohlan, her dann mit der Kranken-, Unfall-, Alters- und Krisenversicherung! Ist das nicht der Fall, so geht das, was der Kapitalist und der Staat an Beiträgen zur Versicherung leistet, mitsamt den Verwaltungskosten solcher bürokratischen Versicherung mit tödlicher Sicherheit wieder vom Lohn ab. (...)

Hier soll die vom Freigeld-Bund verbreitete und auf obiger Beobachtung beruhende neue Kapitaltheorie nur kurz skizziert werden. Ausführlich behandelt findet man sie in den Schriften des S.F.&F.B. Mit der Ausbreitung ist das Geld als Tauschmittel unentbehrlich geworden. Fehlt das Geld, so können die Waren nicht mehr ausgetauscht werden. Es entsteht kann eine Absatzstockung, die zur Einstellung der Arbeit zwingt und die, sofern sie anhält, die Rückkehr zum Tauschhandel und damit zu stärkster Einschränkung der Arbeitsteilung führt. Die Arbeitsteilung ist aber wieder der Grund, warum die Erde so viel mehr Menschen ernähren kann. Ohne die Arbeitsteilung würde kaum ein Zehntel der heutigen Bevölkerung Platz in Europa finden und dieses Zehntel würde zudem noch ein kümmerliches, tierisches Dasein führen. Man erkennt hieraus wie wichtig das Tauschmittel, das Geld ist. Das Geld ist die weitaus wichtigste gesellschaftliche Einrichtung, weit überragt sie an Bedeutung alle modernen Erfindungen zusammen genommen. Ja, man kann sagen, dass das Geld, indem es die Arbeitsteilung in der Technik und Wissenschaft erst möglich gemacht, der eigentliche Schöpfer der modernen Technik ist. Als zur Römerzeit die Fundstätten der Geldmetalle sich erschöpften und die Römer wegen Mangel an Geldstoff keine Tauschmittel mehr schaffen konnten, da gingen der Handel, der Austausch der Waren und damit die Arbeitsteilung nach und nach ein. Das war die eigentliche Ursache des Unterganges jenes schönen, so viel versprechenden Reiches. Als man dann nach einem fast ein Jahrtausend langem Winterschlaf (Mittelalter) wieder Geldstoff fand (in den deutschen Silberbergwerken)

und der Handel und die Arbeitsteilung sich ausbreiten konnten, da wurde es auch wieder gleich lebendig auf allen Gebieten menschlicher Betätigung. Mit dem Ende der Geldschwindsucht nahm auch das Mittelalter ein Ende.

Denselben Mangel an Geld, den die von Funden abhängige Natur der Geldmetallgewinnung erzeugte und der den Untergang ganzer Reiche verursachte, den können heute die Sparer und Kapitalisten zu jeder Zeit einfach festhalten. Dann zeigen sich bei allen Produzenten, die auf Arbeitsteilung eingerichtet und auf den Austausch der Produkte angewiesen sind, die Symptome derselben Krankheit, der Rom zum Opfer fiel. Der Unterschied ist nur der, dass damals in Rom das Geld absolut fehlte, während es heute nur von den Sparen und Wucherern festgehalten wird und, dass man den Sparern und Kapitalisten durch Anbieten eines Sondervorteils in Höhe eines jährlichen Tributs von 5% das Geld aus den Matratzen, Strümpfen, Tresoren wieder entlocken kann!

So wird also der Austausch, der Handel, der Markt von vornherein mit einer Privatsteuer von 5% belastet. Diese Steuer tragen mit allen übrigen Handelsunkosten die Warenproduzenten. Sie bildet einen integrierenden Teil der Handelsunkosten. Bei der Berechnung der Preise setzt der Kaufmann als ersten und ehernen Ausgabeposten den Zins des zur Führung des Geschäftes nötigen Geldkapitales ein.

Mit Gott und 100.000 Franken – so ist auf dem ersten Blatt des kaufmännischen Hauptbuches zu lesen – und diese 100.000 Franken verlangen im Jahre 5%, sonst streiken sie, ganz einerlei ob es eigenes oder geborgtes Geld des Kaufmannes ist. Ist der Verkaufspreis einer Ware 100 Franken, so erhält der Produzent vom Kaufmann 100 Franken abzüglich der Handelsspesen und in diesen Handelsspesen steht unverrückbar an erster Stelle der Zins des hier „anzulegenden“ Geldkapitals. Diesen Zins nennt die Freigeld-Kapitaltheorie den „Urzins“, weil er die erste Erscheinungsform des Zinses überhaupt darstellt, dem Handel und der Arbeitsteilung untrennbar an und ist, worauf wir hier ganz besonders aufmerksam machen wollen, von der Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln unabhängig. Er wurde von den Kindern Israels erhoben, von den Untertanen Hammurabis, von den alten Griechen und Römern erhoben und bezahlt, zu einer Zeit, wo es noch kein Proletariat gab, wo noch jeder über die eigenen Produkte frei verfügte und sie zu Markt brachte.

Dieser Urzins ist der Beobachtung Marx' vollkommen entgangen, trotzdem er selbst und wiederum in Widerspruch mit seiner eigenen Kapitaltheorie entwicklungsgeschichtlich das Handelskapital dem Gewerbekapital vorgehen lässt. Nur weil Marx den Urzins übersah, konnte er sagen, Geld und Waren seien vollkommene Äquivalente. Die Freigeld-Kapitaltheorie sagt nun weiter: Wenn das Geld dem Handel nur zu 5% zur Verfügung gestellt wird, so muss wohl auch die Industrie und Landwirtschaft diesen Zins zahlen. Warum sollte auch der Sparer und Kapitalist den Bauern, Unternehmern und Technikern das Geld zur (...)

Gründung und Führung ihrer Geschäfte billiger überlassen als dem Kaufmann? Das Gründungskapital jedes Unternehmens besteht aus Geld und das Unternehmen kann nur dann „finanziert“ werden, wenn es dem Geld den Tribut, den Urzins bezahlt und garantiert. Augenblicklich wird z.B. in Bern und Zürich trotz ärgster Wohnungsnot nicht gebaut, weil die Mieten für die Ansprüche des Geldkapitals nicht ausreichen. Würde der Geldkapitalist mit der Zinsforderung auf 3 – 2% heruntergehen, dann reichten die jetzigen in Bern üblichen Mieten und dann würde der Unternehmer sofort mit der Arbeit beginnen. Ihm, dem Unternehmer, dem Bauer, dem Handwerker ist es soweit einerlei,

ob er 5 – 4 – 2 oder überhaupt keinen Zins herauschlagen kann, da er ja den Zins an die Geldleute abliefern muss. Als Unternehmer muss er sich mit dem Unternehmerlohn begnügen; als Unternehmer ist er am Zins unbeteiligt – der Zins ist für ihn nur ein Durchgangsposten.

Wie beim Austausch der Produkte, so steht also bei der gesamten Industrie der Zins des Geldkapitals an erster Stelle der Unkosten. Auch die Industrie in ihrem ganzen Umfang mitsamt der Bauindustrie, den Schiffen, Eisenbahnen ist dem Geldkapital tributpflichtig. Jede Industrie muss bei ihrer Gründung das feierliche Versprechen abgeben, bis zum Tode jährlich 5% an die Geldkapitalisten abzuliefern, sonst kann sie nicht finanziert werden. Das macht für den Gesamtbetrag von 40 Milliarden Kapital in der Schweiz, 2 Milliarden (2000 Millionen) Zins jährlich oder fast 7 Millionen für jeden Werktag! Würde das Geldkapital mit seinen Ansprüchen heruntergehen (mit dem Freigeld würde es in kurzer Zeit bis auf Null heruntergehen müssen), so müssten unter dem Drucke wachsender Konkurrenz auch die (...)

4 Direkte proletarische Aktionen für die Herbeiführung von Freiland und Freigeld

Proletarier betrachte deine Waffe, die Waffe mit der dich die Natur ausrüstete, deine Fäuste! Betrachte sie genau! Sie sind nicht mit Krallen versehen wie die des Raubgesindels, sie sind nicht glatt wie die des Wucherers, sie sind nicht geübt den Säbel zu rühren wie die des Soldaten. Aber schwierig sind sie. Sie sind gerade so, wie sie es sein müssen, um das Kapital zu überwinden. Nicht für Raub und Zerstörung, sondern für den Aufbau des sozialistischen Staates, für friedliche, Lebensfreude und Kultur bringende Arbeit sind sie geschaffen. Gebrauche sie entsprechend und du wirst sie alle in kurzer Zeit in den Staub werfen, die Raubtiere, die Wucherer und Ausbeuter. Die Freigeld - Kapitaltheorie legt dein Heil, das Heil der Menschheit in deine Fäuste. Durch fleißige, unverdrossene, klug geleitete Arbeit sollst du das Kapital in einer Überproduktion an Kapital ersaufen! An Stelle des fatalistischen Zuwartens verlangt die neue Kapitaltheorie von dir die Tat, die dir am nächsten liegt, die Arbeit. Durch deine Arbeit entstand schon immer die Überproduktion an Waren, deren Umsatz in Kapital durch die Autokapital-sabotage verwehrt wurde. Jetzt soll durch das Freigeld dieses Wehr niedergerissen werden, so dass sich die aus deiner Arbeit erwachsende Warenüberproduktion in Kapitalüberproduktion umsetzen kann. Und mehr ist nicht nötig, um den Mehrwert, den Zins spurlos zu versenken.

Solange der Arbeiter nur singen konnte: „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will“, lachte sich der Kapitalist ins Fäustchen. Das Stillliegen der Räder, das war es ja, was ihm, dem Kapitalisten half. Das Problem des Arbeiters aber heißt gerade umgekehrt, alle Räder sollen laufen, solange es meinen Arbeiterinteressen entspricht, solange es noch Spuren von Zins und Ausbeutung gibt auf der Erde. Den rastlosen ununterbrochenen Lauf der Räder gegen die Interessen des Kapitals zu erzwingen, die Autokapitalsabotage zu verunmöglichen, das ist das Problem des Arbeiters. Und dieses Problem löst Freigeld. Alle Räder sollen jetzt laufen, schwirren, ächzen, solange es deinen Interessen entspricht. (Trefzer schlug vor: „Alle Räder sollen laufen, soll das Kapital ersaufen.“)

Wie aber sollen die Arbeiter zum Freigeld kommen? Dass die Kapitalisten sich gegen

das Freigeld, das ihnen das Mittel zur Autokapitalsabotage aus den Händen windet, mit Händen und Füßen, d. h. mit Lüge und Schwindel und vielleicht noch mit den Mitteln der Staatsgewalt wehren werden, ist ja klar. Glücklicherweise liegt aber die Macht des Geldes nicht bei denen, die das Geld haben, sondern bei denen, die das Geld je nachdem annehmen oder zurückweisen können. Verweigert der Arbeiter die Annahme des kapitalistischen Geldes, so ist auch schon die Macht dieses Geldes gebrochen. Geld kann jeder machen. Die Kunst besteht darin, es den Arbeitern aufzuzwingen. Verkauft der Arbeiter seine Produkte gegen das Geld, das die Aktionäre der Nationalbank aus Lumpen herstellen, so ist damit die einzige Bedingung erfüllt, um aus Lumpen Geld zu machen. Verweigern aber die Arbeiter die Annahme dieses Geldes, so verwandelt sich das Geld der Nationalbank wieder in das, was es war, in Lumpen und Makulatur. Vereinbaren die Arbeiter, dass sie vom 1. Mai an nur das von ihnen selbst ausgegebene Geld für Leistungen und Arbeitsprodukte annehmen und jedes andere Geld zurückweisen werden, so ist mit dieser Vereinbarung allein schon ihr Geld das einzig gültige, das einzig mögliche Geld. Was nützen dem Rentier, Wucherer, Spekulanten, Bankier noch die bunten Lappen, die schweren Fünflibers und die glänzenden Goldmünzen, wenn der Arbeiter sie zurückweist und Zahlung seiner Leistungen in dem von ihm hergestellten und verwalteten Geld verlangt?

Und der Staat? Ja, was will auch dieser Büttel der Kapitalisten, wenn seine „Festbesoldeten“ gemeinsame Sache mit den Arbeitern machen und nur noch das Arbeitergeld annehmen? Wie will dann der Staat seine Parteinahme für das Geld der Kapitalisten begründen? Hier muss der Staat Farbe bekennen. Alle Ausflüchte sind ihm versperrt. Der Staat muss zur neuen Kapitaltheorie öffentlich Stellung nehmen und wenn er sich gegen das Freigeld wendet, so muss er es öffentlich damit begründen, dass man den Kapitalisten nicht das Recht nehmen darf, nach Belieben den Geldumlauf zu sperren und die im Interesse des Zinses nötig werdende Kapitalsabotage zu üben, nach Gutdünken Krisen zu erzeugen und die Arbeiterwelt der Arbeitslosigkeit und dem Elend auszuliefern. Der Staat kann es ja versuchen, ob seine Macht zu solchem öffentlichen Bekenntnis ausreicht, ob er das Lügengespinst der Goldwährungsliteratur zu seiner Geldtheorie machen darf. Das Freigeld scheidet scharf Wahrheit und Dichtung, Arbeit und Wucher, Recht und Unrecht, Arbeiter und Rentnertum. Und die Staatsverwaltung wird sich entscheiden müssen, ob sie zur Rechten Gottes oder zu der des Teufels sich setzen will. Im letzteren Fall darf sie sich aber nicht wundern, wenn sie zum Teufel gejagt wird.

Freilich zu alledem gehört die geeinte Macht des Arbeitertums. Alle, alle, die vom Ertrag ihrer persönlichen Arbeit leben, sollen sich zusammentun und den Geldstreik proklamieren. Wie dieser praktisch durchgeführt wird, ersieht man aus folgenden Ausführungen, die dem „Physiokrat“ (Berlin) und der „Freistatt“ (Bern) entnommen sind. (...)

Nachwort: Das sog. Greshamgesetz, das in obiger Darstellung eine so wichtige Rolle spielt, wird zwar in der Währungsliteratur oft erwähnt, dürfte aber in der sozialistischen Welt, wo man die Währungsfrage kaum dem Namen nach kennt, so gut wie unbekannt sein. Einige Worte der Erklärung sind also hier am Platze. Gresham sagte: Man bezahlt, wenn man die Wahl hat, immer mit der schlechteren von zwei Münzen. Hat man im Beutel neue und verschlissene Münzen, echte oder falsche oder verdächtige, so greift man automatisch nach den letzteren. Ungleiche Münzen haben aber nur innerhalb der Landesgrenzen gleiche gesetzliche Zahlkraft. Im Auslande, wo die Münzen nur nach

Gewicht gelten, gelten die neuen mehr als die verschlissenen – darum sucht man für den Export von Geld die vollwertigen aus. So kommt es, dass der Zahlungsverkehr im Inland sich hauptsächlich mit dem schlechteren Geld vollzieht und dass bei passiver Zahlungsbilanz das schlechtere Geld das bessere über die Grenze anschiebt. Im Wettbewerb, als Zahlungsmittel, bleibt die schlechtere Münze immer Siegerin; ihr muss das bessere Geld ganz gesetzmäßig das Feld räumen. Je schlechter und unsicherer eine Geldart, umso stärker ist sie ihren Wettbewerbern gegenüber. Auf das Freigeld und den Geldstreik der Proletarier angewandt, bedeutet das Greshamgesetz, dass das Geld der Proletarier umso sieghafter den Wettbewerb mit dem Geld der Kapitalisten bestehen muss, je schlechter und unsicherer diesen das Freigeld erscheint. Auch der Kapitalist wird, so oft er die Wahl hat, mit Freigeld bezahlen.

5 Die Übernahme der Nationalbank durch die schweizerischen Gewerkschaften

Nachdem durch den Freigeldstreik das Proletariat sich zum Diktator auf dem wichtigsten Gebiete der Staatsverwaltung erhoben hat, wird es sich darum handeln, nun auch die damit gewonnene gewaltige Macht aufbauend im Interesse des gesamten Volkes auszunutzen. Will der proletarische Diktator nicht auf dem Schafott enden, so muss er ein Baumeister sein, d.h. ein Meister in alledem, was er beginnt.

Das Freigeld bedarf einer Verwaltung. Wahrscheinlich würde sich nach dem sieghaften Durchbruch des Freigeldstreikes die Nationalbank nun bereit erklären, diese Verwaltung in die Hand zu nehmen, wenn auch nur um zu retten, was noch zu retten ist von den Vorrechten des Geldes. Diesem Versuch muss sich das Proletariat widersetzen. Das Geld ist eine volkswirtschaftliche Einrichtung und kann darum zweckdienlich nicht von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus verwaltet werden. Und die Nationalbank ist doch eine auf Profit, Zins und Dividenden angewiesene Aktiengesellschaft. Wenn sie auch wollte, die Nationalbank kann einfach nicht volkswirtschaftlich denken, denn zwei Seelen wohnen, ach, in ihrer Brust.

Darum darf das Proletariat die Verwaltung des Freigeldes unter keinen Umständen der Nationalbank übertragen. Am besten wird es sein, den unpolitischen Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften und Konsumvereinen die Verwaltung des Freigeldes zu übertragen. Nun wird mancher hier gleich an das Aktienkapital der Nationalbank denken und sich sagen: Woher nimmt aber das Proletariat das „Kapital“ zur Verwaltung des Freigeldes? Eine zwar recht naive aber verzeihliche Frage. Ist doch der Proletarier von Kind an gewöhnt worden, das Kapital mehr anzustarren und zu fürchten als seinen Schwächen nachzuspüren. Was wissen selbst die Arbeiterführer vom Geldwesen?

Der Freigeldstreik hat der Nationalbank das Monopol der Geldausgabe, diese Hochburg des Kapitals, aus den Händen gewunden und es dem Proletariat ausgeliefert. Und dieses Monopol ist an sich ein Kapital – und was für eins!

Was das Geldmonopol als Kapital bedeutet, erhellt aus der Tatsache, dass z.B. die Reichsbank mit einem Aktienkapital von 240 Millionen einen Notenumlauf von 12.000 (zwölftausend) Millionen unterhält, das ihr zu 5% an Zins in weniger als fünf Monaten das ganze Kapital der Aktionäre abwirft. Käme der Gesamtertrag des Notenmonopols

unter die Reichsbankaktionäre zur Verteilung, so würden sie alle fünf Monate 100% Dividende einstreichen!! Und ähnlich verhält es sich heute mit allen Notenbanken. In der Schweiz mit einem Aktienkapital von 40 Millionen und einem Notenumlauf von 800 Millionen würde der Zins eines Jahres genügen, das Aktienkapital der Nationalbank zu tilgen, falls man die völlig überflüssigen Goldreserven abstoßen würde. Und könnte man sich entschließen, die lästigen, fast lächerlich wirkenden Silbermünzen einzuschmelzen, so könnte die Emission von 800 auf 1000 Millionen gebracht werden.

Wenn es also hier noch eine Frage gibt, so wäre es vielleicht die, was mit dem Ertrag des Notenmonopols gemacht werden soll. Hier genügt der Beweis, dass das Notenmonopol an sich ein Kapital ist und dass die Gewerkschaften keines besonderen Kapitals zur Übernahme der heute der Nationalbank übertragenen Aufgabe bedürfen.

Wichtig dagegen ist die Frage, nach welchen Gesichtspunkten die sozialistische Geldverwaltung das Geldmonopol verwalten soll. Hier muss ich mich auf die Literatur des Schweizer Freiland- und Freigeld-Bundes berufen, worin diese Frage nach allen Seiten erwogen und gelöst wird. Es genügt hier zu erwähnen, dass, wenn in der Verwaltung des Geldmonopols nur noch öffentliche volkswirtschaftliche Gesichtspunkte die Richtung zu geben haben, wie das selbstredend in einer sozialistischen Verwaltung der Fall sein muss, dann zur Verwaltung des Geldmonopols keinerlei finanztechnische Vorkenntnisse nötig sind und dass dann Jedermann befähigt ist, das Amt eines verantwortlichen Direktors der Geldverwaltung zu übernehmen. Vom öffentlichen Wohl aus betrachtet, ist der Aktionskreis der Geldverwaltung scharf durch die sog. Absolute Währung begrenzt, die darin besteht, dass die Geldverwaltung die Notenausgabe den Ergebnissen einer Warenpreisstatistik anzupassen hat. Die Geldverwaltung druckt Geld und setzt dieses in Umlauf, so oft und so lange die Warenpreise abwärts streben, und sie zieht umgekehrt Geld ein und verbrennt es, wenn die Preise aufwärts streben. Das ist alles, was bei der Verwaltung des Geldmonopols als verantwortliche Handlung von Bedeutung in Betracht kommt.

Und auch noch diese einfache Handlung wird noch dadurch ganz außerordentlich erleichtert, dass mit dem Freigeld alle Spekulationskapitalien, die heute nur zu oft den Zielen einer vernünftigen wissenschaftlichen Währungspolitik im Wege stehen, restlos und automatisch aufgelöst werden, wie das in den Schriften des S.F.&F.B. ausführlich dargelegt ist.

Grundlage und Richtpunkt für die Leitung der Freigeldverwaltung bildet die Warenpreisstatistik, von der oben die Rede war. Auch diese muss das Proletariat selber in die Hand nehmen. Sie ist auch sonst von höchster Bedeutung, um bei den Lohnkämpfen endlich einmal einen festen Vergleichspunkt zu schaffen. Von den Landesbehörden wie auch von der Nationalbank ist nicht zu erwarten, dass sie einmal ernsthaft an die Ausführung dieser von allen Sozialpolitikern als unentbehrlich erachteten Arbeit gehen werden. Denn die Kapitalisten und ihre Angestellten auf den Hochschulen fürchten das Licht, das von hier aus auf die Hochburg des Kapitals, auf ihren Schützling, auf die Goldwährung fallen würde. Nur das Proletariat braucht die Resultate solcher statistischen Arbeit nicht zu fürchten; darum kann auch nur das Proletariat diese Aufgabe wirklich sachlich lösen. Wie diese Statistik zu führen ist, darüber in den Schriften des Schweizer Freiland und Freigeld Bundes.

Die Geldverwaltung kann das Proletariat durch den Geldstreik natürlich ebenso an sich reißen wie es sich im Geldstreik selbst als allmächtig erwies. In keiner öffentlichen

Angelegenheit ist die Macht des geeinten Proletariats so durchschlagend wie gerade im Geldwesen. Aber vielleicht wird es gar nicht einmal eines Streikes bedürfen. Vielleicht genügt der gesetzliche Weg. Auf alle Fälle dürfte man es so versuchen und durch die sozialdemokratischen Parlamentarier folgenden Gesetzentwurf zur Abstimmung bringen lassen:

I. Da es notorisch ist, dass unter der Leitung unserer Nationalbank die Warenpreise stark gestiegen sind und damit der Beweis erbracht ist, dass die Nationalbank ihre Hauptaufgabe nicht erfüllt, die darin bestehen soll, den Geldumlauf zu regeln, so wird der Nationalbank das Recht der Notenausgabe entzogen.

II. Da es sich ferner bei näherer Betrachtung herausstellt, dass eine Aktiengesellschaft (Nationalbank), die auf Dividenden angewiesen ist und daher vor allem privatwirtschaftlich sich orientieren muss, nicht auch zugleich volkswirtschaftliche Politik treiben kann, dass vielmehr die Gewerkschaften, die Konsumvereine, die beruflichen Organisationen, die Verbände der Festbesoldeten usw., die an der strikten Aufrechterhaltung der Währung in erster Linie interessiert sind, eine solche volkswirtschaftliche Aufgabe naturgemäß besser im volkswirtschaftlichen Sinne lösen werden, so wird die Notenausgabe zum Monopol der genannten Organisationen erhoben und das von diesen Organisationen ausgegebene Freigeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel der Schweiz erhoben.

III. Die genannten Organisationen, die sich zur Übernahme des Notenmonopols bereit erklären, verpflichten sich zu folgenden Leistungen:

- 1.) Sie werden die absolute Währung einführen und dadurch die schweizerische Währung vor jeder allgemeinen Hausse oder Baisse, vor Inflation und Depression, vor Hochkonjunkturen und Flaue schützen.
- 2.) Schutz der schweizerischen Volkswirtschaft vor Handels-, Finanz- und Wirtschaftskrisen, vor Börsenkrach, Preis- und Kursstürzen.
- 3.) Schutz der schweizerischen Volkswirtschaft vor den Raubzügen der Börsen und der Spekulation.
- 4.) Sicherung, Beschleunigung und Verbilligung des allgemeinen Warenaustausches und Herabsetzung der allgemeinen Profitrate von heute 40% auf 10% .
- 5.) Erübrigung der meisten Warengeschäfte und allmählicher Übergang des überflüssig werdenden Handelspersonals zur Produktion.
- 6.) Schaffung der finanziellen Grundlagen für den absoluten Freihandel.
- 7.) Organische (kostenlose) Versicherung aller Arbeitswilligen gegen allgemeine Arbeitslosigkeit, vollkommene Auflösung der Arbeiterreserve.
- 8.) Verhinderung der Autokapitalsabotage.
- 9.) Herbeiführung einer ständig wachsenden Kapitalüberproduktion mit entsprechendem Druck auf den Kapitalzins.
- 10.) Völlige Beseitigung des Zinses (Mehrwerts) bei internationaler Einführung des Freigeldes.
- 11.) Bei internationaler Einführung des Freigeldes Verbindung der absoluten Währung mit absoluter Festigkeit der Wechselkurse.

12.) Vernichtung des den Bürgerfrieden gefährdenden Proletariats infolge der allmählichen Rückführung der Produktionsmittel in den Privatbesitz der Arbeiter.

13.) Verwendung der aus dem Feigeldmonopol erwachsenden Einnahmen von 5% des gesamten Geldumlaufs, jährlich etwa 30 Millionen, zum Erwerb von eidgenössischem Freiland.

Über die Aussichten eines solchen Gesetzentwurfes will ich hier nicht prophezeien. Es sei hier nur bemerkt, dass nur der, der die Wirkungen des Freigeldes nicht haben will, der das Kapital vor allem schützen will und dieses offen zugibt, sich gegen diesen Gesetzesvorschlag erheben kann. Aber wer dürfte heute offen die Partei des Kapitals vertreten, wer dürfte es wagen, von einem Rechte auf Zins und arbeitsloses Einkommen, von einem Rechte auf Kapitalsabotage, auf ein Recht, Krisen und Arbeitslosigkeit über das Land zu verhängen, um einer Kapitalüberproduktion zu wehren? Wer darf offen in dieser aufgeregten Zeit erklären, er wolle das proletarische Geld nicht, weil man damit nicht wuchern, spekulieren und das Land in den Bürgerkrieg treiben kann?

Mit dem Freigeld und seiner Verwaltung hat das Proletariat den Schlüssel zur kapitalistischen Zwingburg in der Hand. Und wenn es dann einmal zur Revolution käme – diesmal käme sie von „oben“ – was vermöchten die revolutionierenden Reaktionäre jetzt noch ohne das Notenmonopol gegen die sozialistische Ordnung? Wer das Geldwesen in der Hand hat, der setzt immer seinen Willen durch. Haben die Arbeiter einmal den Kapitalisten das Geldwesen aus den Händen gewunden, so sind diese ebenso machtlos wie die Arbeiter aus dem gleichen Grund bisher machtlos waren. Diese konnten zwar die Räderwerke zum Stillstand bringen, aber was erreichten sie damit? War das nicht immer ein Schnitt ins eigene Fleisch des Proletariats? Jetzt mit dem Freigeld braucht das Proletariat keine Revolution mehr; es kann jetzt in Ruhe die Entwicklung der Dinge abwarten. Wenn es aber doch noch einmal dazu gerieben würde (eine solche Zwangslage kann man sich eigentlich nicht mehr vorstellen), so wird das Proletariat auch die Mittel haben, die Revolution zu „finanzieren“ und, was besonders interessant am Freigeld ist, während der Revolution die gesamte Volkswirtschaft in Vollbetrieb erhalten, was an sich schon genügt, um jeder Revolution den Erfolg zu sichern.

Wie anders sähe es jetzt in Russland aus, wenn Lenin die Revolution mit dem Geldstreik begonnen und sich mit dem Freigeld die Herrschaft über das Geldwesen gesichert hätte? Man erinnere sich, dass Kerensky um den Preis einer Offensive sich Geld aus Amerika kommen lassen musste – und dass diese Offensive ihm seine Stellung kostete.

Nachtrag zu Band 18

Briefe

An Sigmund Flückinger vom 15. 10. 1915 aus Les Hauts Geneveys

Sehr geehrter und lieber Herr Flückinger!

Ihren gehaltvollen Brief vom 27. v. M. empfang ich hier auf dem Umweg über Eden. Mit rechter Freude und mit einer gewissen Beruhigung erfuhr ich von der Gründung des Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes. So ist's recht. Der volle Arbeitsertrag, der restlos volle Arbeitsertrag, die vollkommene Ausmerzung des arbeitslosen Einkommens! So wird's gut. Und ich darf mich gleich als sein Mitglied und sogar als Ehrenmitglied betrachten eines Bundes, der so tapfer ausschreitet auf ein so gewaltiges Ziel! Nun, ich nehme diese große Auszeichnung an als Anerkennung der Ehrlichkeit meines Strebens und als Ermunterung, treu auszuharren in den kommenden Kämpfen, „so lange noch eine Ader in mir lebt“.

An Prof. Dr. Ernst Haeckel vom 28. 6. 1916 aus Berlin-Lichterfelde, Dahlemer Str. 28

Hochgeehrter Herr!

Es ist eine gefährliche Sache, den Kampf ums Dasein, den die Lebewesen brauchen, mit den Kriegen der Menschen zu vergleichen. Gefährlich, weil der Vergleich erfahrungsmäßig zu einer biologischen Begründung des Krieges missbraucht wird und damit die Friedensarbeit erschwert.

Kriege gibt es doch nicht in der Natur; sogar die sog. Ameisenkriege entbehren aller Kennzeichen menschlicher Kriege. Man sieht niemals, dass sich Tiere derselben Art zusammentun, um über eine andere Gruppe derselben Art herzufallen. Der Kampf zwischen Tieren derselben Art beschränkt sich auf den Zweikampf und gibt dadurch regelmäßig dem Tüchtigsten den Sieg, während der Krieg das Beste vernichtet. Dem Tüchtigsten gehört die Welt und soll sie gehören, der Krieg kann dagegen die Menschheit nur dem Untergang entgegenzüchten. Übrigens beweist ja schon der Umstand, dass sich der Feind durch künstliche Farben und Uniformen kenntlich machen muss, dass die Menschheit mindestens bis zur Erfindung der Uniform (Tätowierung etc.) keine Kriege zu ihrer Entwicklung bedurfte. Zieht man den Soldaten die Röcke aus, so hat der Krieg sofort ein Ende. Und die Uniform kann man doch nicht als Ausleseelement betrachten.

Weil der Krieg keine biologische Erscheinung ist, aber auch nur darum, ist auch Ihre in den „Weltkriegsgedanken“ ausgesprochene frohe Hoffnung berechtigt. Als rein mensch-

liche, unserer irrenden Vernunft (Handelskrieg!!) entsprungene Handlung können wir selbstredend aufgrund besserer Erkenntnisse die Kriege vermeiden. Fehlerhafte menschliche Einrichtungen, falsche Beobachtungen, keine animalischen Triebe sind es, mehr nicht, die uns die Waffe als ultima ratio in die Hand drücken. Namentlich unser mangelhaftes, uraltes Geldwesen wie auch der Privatgrundbesitz sind es, die die Menschen und Völker verhetzen. Wie das zugeht, finden Sie in der beiliegenden Druckschrift „Gold und Frieden?“ näher auseinandergesetzt.

Wenn Sie, hoch geehrter Herr, den Wesensunterschied, der zwischen Krieg und Kampf ums Dasein liegt, durch ihre Autorität den in der Kriegspropaganda biologisch Orientierten stärker noch zum Bewusstsein brächten, so würden Sie dem unglücklichen kommenden Geschlecht das Leben erleichtern, dem Friedenswerk einen unermesslichen Dienst erweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Silvio Gesell



**An den Herrn Präsidenten des Sowjet
Wladimir Iljitsch Uljanow Lenin, St. Petersburg
vom 2. 12. 1917 aus Les Hauts Geneveys***

Liebwerter Genosse!

Wenn jetzt aus Millionen banger Menschenherzen Dankgebete zum Himmel steigen, so ist das Ihrem und Ihrer mutigen Freunde Wirken zu verdanken. Und zitternd fragen sich alle wieder, ob es gelingen wird, das große Werk der Revolution vor den im Geheimen wirkenden Kräften der Reaktion unter Dach und Fach zu bringen.

Wir haben in dieser Beziehung doppelte Sorgen. Wir sagen uns: Lenins Werk wird an den Mängeln des Geldwesens scheitern. Alle Revolutionen sind bisher am Geldwesen gescheitert; auch die russische wird diesem Schicksal nicht entgehen, wenn nicht noch rechtzeitig das Freigeld die Situation rettet.

Vergessen Sie nicht, dass das Geld das Blut der Volkswirtschaft ist und dass dieses Blut in der herkömmlichen Form des Geldes vergiftet ist und den ganzen Organismus vergiften muss.

Der Schweizer Freiland- und Freigeld-Bund erstrebt die Einführung eines neuartigen Geldes, das der Menschheit alle die gewaltigen Vorteile der Geldwirtschaft sichert und frei ist von allen den Kapitalismus ausmachenden Begleiterscheinungen. Muster dieses neuen Geldes liegen bei. Es gibt dieses Geld den Fragen, die durch die Untersuchungen des Sozialisten Proudhon aufgeworfen wurden, die theoretische und praktische Lösung.

Von den Hauptwirkungen dieses Geldes – auf Seite 3 – 4 aufgeführt – wollen wir hier nur die eine erwähnen, nämlich dass das Freigeld einen ständig wachsenden Druck auf den Kapitalzins ausübt, in der Weise, dass in einem Zeitraum von etwa 15 – 20 Jahren der Zins gänzlich aus der Volkswirtschaft ausscheiden muss.

Wenn der Erfolg einer Revolution dauernd gesichert werden soll, so kann dies nur dadurch erreicht werden, dass alle nicht aktiv an der Umgestaltung des Staates mitwirkenden Personen unter Anspannung aller Kräfte zur Arbeit zurückkehren, denn aus dieser Arbeit soll der Wohlstand erwachsen, der für die Masse das Zeichen ist, dass die Revolution wohltätige Wirkungen hat und darum zu unterstützen ist. Eine Revolution, die dem Volke Entbehrenungen bringt, ist des Misserfolges sicher.

Nun würde das von uns geschaffene Freigeld ganz außerordentlich anspornend auf die Arbeit wirken, indem es den Tausch der Produkte unter allen Umständen sichert und dadurch erst jedem den vollen Ertrag der persönlichen Arbeit gewährleistet – und das ist Vorbedingung für alle Arbeit.

„Unsere Vertrauensmänner machen Revolution – jetzt ist Arbeit die erste Pflicht aller, die diese Revolution unterstützen wollen.“ So soll es jetzt im ganzen Russland heißen.

Das Freigeld würde diese Arbeit auslösen und ganz automatisch in die richtigen Bahnen lenken. Das jetzige Geld, der Papierrubel, stört die Arbeit; es hemmt sie statt sie anzuregen und zu fördern. Die Unsicherheit macht übrigens auch jede Disposition unmöglich. Und ehe der Unternehmer sich einem Defizit aussetzt, legt er lieber seine Fabrik still, wodurch der Volkswirtschaft und der Revolution die Mitwirkung oft der tüchtigsten Männer genommen wird. Und ohne die Mitwirkung dieser erfahrenen Männer ist die Revolution dem Misserfolg geweiht.

Es gibt Männer, die beim bloßen Anblick des Freigeldes seine ganze ungeheure Tragweite überschauen, denen es eine ganze neue Welt eröffnet. Diese sind jedoch sehr selten. In der Regel ist es nötig, die gegen das Freigeld erhobenen Bedenken, die immer nur Vorurteilen entstammen, durch methodische Aufklärung zu zerstreuen. Diese Arbeit ist in einem größeren Werk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ erschöpfend ausgeführt worden. Da aber die Zeit zum Theoretisieren nicht die geeignete ist, so machen wir der russischen Regierung den Vorschlag, auf unsere Kosten eine geeignete Persönlichkeit nach Petersburg zu schicken, um das System im mündlichen Vortrag auseinanderzusetzen und um die nötigen Anweisungen zur Ausführung der Reformen zu geben. Weitere Vorbereitungen sind nicht nötig. Acht Tage nach dem Beschluss würde schon das Freigeld im Umlauf sein können und seine beruhigenden, Arbeit fördernden Wirkungen ausüben. Und wenn dann zusammen mit der Einführung des Freigeldes die Regierung eine öffentliche Anleihe ausschreibt, so würde sie damit einen ganz gewaltigen Erfolg erzielen – bei einem Minimalzinsfuß würden Anleihen für den Gesamtbetrag des bisher ausgegebenen Papiergeldes gezeichnet werden, was der Regierung erlauben würde, das jetzige Rubelgeld restlos zu verbrennen und so mit einem Schlag in währungstechnischer Beziehung der Regierung die ihr entfallenen Zügel zurückgeben. Zu erwähnen ist noch, dass das Freigeld keinerlei besonderer Deckung bedarf, dass also die Goldreserven des Rubels restlos abgestoßen werden können.

Falls Sie auf unseren Vorschlag eingehen, wollen Sie an die Adresse von Herrn Dr. Fritz Trefzer, Bern, Wabernstr. 16, das Wort „Einverstanden“ telegrafieren.

Mit revolutionären Grüßen
 Schweizer Freiland- und Freigeld-Bund
 Dr. Fritz Trefzer Dr. Ernst Schneider
 Silvio Gesell

** Dieser Brief hat Lenin nie erreicht. Vgl. hierzu auch den Band 18 von Gesells Gesammelten Werken, wo auf der Seite 165 ein von Werner Schmid in seinem Buch „Silvio Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers“ (Bern 1954, S. 175) erwähntes Begleitschreiben zitiert ist, das einer Sendung der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ an Lenin beigelegt habe.*

An Heinrich Patt vom 15. 1. 1921 aus Rehbrücke*

Mein lieber Kampfgenosse!

Das Bild ist ausgezeichnet gelungen. Namentlich die beiden Adler sind in ihrer Stellung vorzüglich. Überhaupt die ganze Anlage des Bildes. Und ich bin sehr froh, ein solches Bild zu besitzen und einen solchen Künstler in unserer Mitte zu wissen.

Wir werden dieses Bild (bunt) zur Illustrierung der „Freiland-Fibel“ gebrauchen. Für den „Kettenbrecher“ brauchen wir ein einfarbiges Bild (schwarz) und da wären namentlich die Lichtwirkungen zu berücksichtigen. Auch müsste die Erde inmitten des Sternenhimmels dahin schweben, etwa wie im „Faust“. Also die Erde in der Größe, wie Sie sie gezeichnet haben – der Mond, ein Komet, Sterne. Die Lichtquelle (Sonne) unsichtbar. Das Ganze von der Sonne aus betrachtet. Dementsprechend auch die Schatten auf der Erde, die Mondphasen und der Kometenschweif, der immer der Sonne abgewendet steht.

Beim gefesselten Menschen muss darauf geachtet werden, dass die Schwerkraft die Ketten nach dem Zentrum zieht, nicht etwa nach ‚unten‘, nach dem Südpol. Der Mensch dürfte passend mehr sehnig als gut genährt gezeichnet werden.

Ich schicke hier ein Bild des Sternenhimmels, das Ihnen vielleicht nützlich sein kann. Die Beleuchtung der Erde dürfte zweckmäßig der des Mondes (fig!) entsprechen, der Himmel wie in fig (Komet).

Ich bemerke, dass ich nichts von der Zeichenkunst verstehe, so dass das, was mir eben vorschwebte, vielleicht überhaupt nicht darstellbar ist. Ich bewundere Ihre künstlerische Gestaltungskraft, wundere mich, dass Sie mich (...) und bin überzeugt, dass das Bild, das Sie nun schaffen wollen, mit dazu beitragen wird, die uralten, unverrosteten Ketten der Menschheit zu brechen.

Hurra! Mit Bundesgruß

Gesell

** Heinrich Patt war ein an der Kunstakademie Düsseldorf ausgebildeter Maler und Kunsterzieher.*

An Heinrich Patt vom 26. 1. 1921 aus Rehbrücke

Mein lieber Bundeskamerad!

Wenn die Erdkugel zwischen den Gestirnen dahin schweben soll, dann muss die Sachlage auf der Erde sehr einfach gestaltet werden, wenn es nicht zu optischen Widersprüchen kommen soll. Ich glaube darum, dass wir auf die Adler verzichten müssen, auch darauf, dass der gefesselte Mann sichtbar am Zerbrechen der Ketten arbeitet. Es muss dann eine Menschengestalt hilflos mit schweren Ketten an die Erde geschmiedet sein. Die Hilfe kommt ihm dann von außen – eben vom „Kettenbrecher“ – und ist darum auf dem Bild nicht sichtbar. Die Menschengestalt müsste m.E. in diesem Falle ganz platt auf dem Rücken liegen mit gespreizten Armen und Beinen – das Bild vollkommener Hilflosigkeit und Ergebung und Hoffnungslosigkeit. Also schon fast wie ein Toter.

Die Hauptschwierigkeit wird wohl die richtige Beleuchtung bilden, so dass das Erdbild in den Sonnenkreis hineinpasst. Durch seitliches Licht, mit starker Schattenbildung, ähnlich wie auf dem gesandten Mondbild dürfte das am besten zu erreichen sein. Vielleicht müsste die Menschengestalt darum auch nur schwach hervortreten?

Das Bild, das Ihnen vorschwebt mit den beiden Adlern, wäre sicherlich ein gutes Motiv für ein größeres Bild. Es setzt auch schon gerade die Kenntnisse voraus, für die wir kämpfen. Es wird also das nächstfolgende Bild sein. Also zunächst das Bild des Kettenträgers in der eben angedeuteten Lage.

Da ich nicht Zeichner bin, so muss ich Ihnen die zeichnerische Gestaltung ganz überlassen. Sie werden, davon bin ich überzeugt, auch das Richtige treffen.

Dem Ergebnis Ihres Kunstsinnes und Fleißes mit Freude entgehend sehend
Gesell

An Heinrich Patt (undatiert, März 1921)

Lieber Freund und Kamerad!

Das prächtige Bild des „Kettenbrechers“ ist pünktlich eingetroffen. Ich sandte es an Haacke in Erfurt und wir überlegen, wie wir es verwenden werden. Für den Kopf des „Befreiers“ konnte es leider nicht verwendet werden. Für das grobe Zeitungspapier gehört ein gröberer Strich. Dass Sie uns die Verwertung des Bildes so einfach kostenlos überlassen, zeugt für die Schönheit der Bestrebungen, die Sie durch Ihre Tat fördern wollen.

Ihnen herzlich dankend und frohe Ostern wünschend

Ihr Silvio Gesell

<p>Erscheint Sonnabends</p> <p>Eigentümer und Herausgeber: Hilke Geffell</p> <p>Schiffmeister: G. Bismuthal Berlin-Fischerfelde</p> <p>Konsumhaus - Verlag: Freiland - Freigeld - Verlag Gefurt, Dueselstraße 1 fernum 1618 fernum 1618 Doppelbuch-Konto Gefurt 14 043</p>		<p>Preis 50 Pfennig <small>Postgebühr nicht inbegriffen</small></p> <p>Direktionspreis 3 Mark</p> <p>Durch den Verlag sind Zusendungen und die Post zu befragen</p> <p>Für Bestellungen gab an den Verlag zu schicken</p> <p>Besträge gab an die Schriftleitung zu senden</p>
<h1>Der Befreier</h1> <h2>Kampfbblatt für das arbeitende Volk</h2>		
1. Jahrgang	<i>9. April 1921</i>	Nr. 3

An Fritz Bartels vom 2. 9. 1921 aus Rehbrücke

Sehr geehrter Herr Bartels!

Ich erhielt gestern die freundliche Einladung zum Vertretertag in Hannover. Zugleich erhielt ich auch die Aufforderung von Herrn Groß, ein Programm zu verfassen. Und mit derselben Post auch die „Freiwirtschaft“, aus der ich ersehe, dass der Westgau und die Stettiner Gruppe die „Sieben Punkte“ zum Programm erheben.

Das, was wir erstreben, greift so tief in alle Verhältnisse ein und setzt so vieles voraus, dass es nicht anders gehen wird als es in ein vollständiges Regierungsprogramm einzubauen, wenn wir nicht darauf hinausgehen wollen, in der entscheidenden Stunde viele unserer eigenen Anhänger zu überraschen, was dann verhängnisvoll werden könnte. In Kassel waren, so weit ich mich erinnere, die Ansichten geteilt über die Zweckmäßigkeit, den Inhalt der Worte FREILAND – FREIGELD im Programm scharf zu umreißen. In der Zwischenzeit haben sich aber die politischen Verhältnisse außerordentlich getrübt. Wirth scheint nicht die Macht zu haben zu den nötigen durchgreifenden Maßnahmen und eine andere Regierung als die jetzige, die arbeitsfähiger wäre, ist kaum denkbar.

In Anbetracht dieser Lage und im Hinblick auf die Möglichkeit, dass wir die Gewerkschaften, die Bauernorganisationen und auch manche Handels- und Handwerkerkammer für uns gewinnen können, wenn wir ihnen ein fertiges Regierungsprogramm vorlegen können, rechne ich mit der vielleicht noch sehr kühn erscheinenden Möglichkeit, dass wir nach der Abdankung Wirths (bei Gelegenheit des neuen Steuerplanes) die Reichsgeschäfte werden in die Hand nehmen müssen, weil sich sonst niemand dazu bereit finden wird.

Ich schicke Ihnen anbei den Entwurf für ein solches Regierungsprogramm und wenn Sie glauben, dass derselbe in Hannover zur Annahme gelangen könnte, so bitte ich Sie, mich zu benachrichtigen. Dann werde ich der Einladung folgen, um einzelne Punkte des Programms näher zu begründen.*

Ich glaube, dass – wenn Sie die Besprechung des Programms als ersten Punkt der Tagesordnung aufstellen, im Laufe der Besprechung sich so vieles klären und so viele

Missverständnisse heben werden, dass auch die Organisationsstreitigkeiten spielend erledigt werden können. Mit der Annahme dieses Programms bekämen unsere Leute bei ihrer Werbung um die Gewerkschaften ein außerordentlich wirksames Werkzeug in die Hand.

Wollen Sie mir bitte Ihre Meinung hierüber mitteilen, damit ich mich je nach dem weiter vorbereiten kann. Es fehlen im Programm noch einige Abschnitte, an deren Ausarbeitung ich gerade bin.

Mit Bundesgruß stets der Ihre

* Vgl. die Kundgebung „An das deutsche Volk“ in Hannover im Band 12 der Gesammelten Werke, S. 297 – 316.

An Hildegard Wegscheider vom 22. 2. 1922 aus Rehbrücke*

Sehr geehrte Frau Wegscheider!

Es ist ein Glück für die Sozialdemokratie, dass die Loslösung von der Koalition und von der Regierung auf so billige Weise erreicht wurde. Mit dem kommunistisch-marxistischen Programm kann die Sozialdemokratie die Regierung niemals übernehmen, ohne Schaden an Leib und Seele zu nehmen. Vom Kapitalismus führt kein gangbarer Weg zum Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie heute noch versteht. Jetzt stehen die Genossen und Genossinnen wieder vor dem Berg – wie vor 1914. Mit dem Verlust einer Hoffnung allerdings, aber mit dem Gewinn der Erfahrung, dass die Eroberung der politischen Macht ohne ein sofort in allen Teilen durchführbares Wirtschaftsprogramm wertlos ist. Jetzt, nach der Erstürmung des Berges wissen sie nun, dass sich hinter dem Berg neue steilere Berge erheben.

Es ist keine Schadenfreude, trotzdem aber reine Freude, die ich über diese Entwicklung empfinde. Jetzt wird die Sozialdemokratie in sich gehen müssen und die Richtung gebenden Sätze ihres Programms überprüfen. Sie wird Bernsteins vorzeitig im Interesse der Agitation unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen müssen. Revisionismus. Es ergeht hier den Sozialdemokraten wie es Lassalle erging, der seufzend darüber klagte, wie die Agitation ihn davon abgehalten hatte, der Theorie die nötige Zeit zu widmen. Der Misserfolg hat die Voraussetzungen der marxistischen Lehre vom Kapital ihrer Selbstverständlichkeit entkleidet und nun wird Bernstein die Bahn frei haben. Allerdings wird man sich beeilen müssen, wenn man nicht will, dass die sozialdemokratische Organisation in Staub zerfällt. Der Freiwirtschaftsbund würde zwar in diesem Fall den Staub wieder sammeln, aber ich sehe nicht ein, warum man eine solche Organisation erst zerfallen lassen muss, um sie neu zu sammeln. Der Freiwirtschaftsbund strebt nur danach, den Arbeiterorganisationen bessere, schärfere Waffen zu geben. Er will keine Organisation, er will das Ziel.

Es wird wohl das Beste sein, wenn Sie selbst, sehr geehrte Frau, die ‚Fühlungnahme‘ Falkenberg – Gesell weiter bis zum Ergebnis betreiben. Falkenberg wird dann nicht so leicht kneifen können. Es ist nämlich geradezu komisch, welche heilige Scheu so gut

wie alle Männer vor der Währungsfrage hegen. Sie glauben, sie müssten als verständige Menschen diese Fragen a priori entscheiden können. Und wenn sie merken, dass das nicht geht, glauben sie bei sich einen geistigen Defekt entdeckt zu haben, der sie verbergen müssen.

Ich erwarte also in dieser Sache weitere Nachrichten von Ihnen und freue mich inzwischen über diesen ersten Erfolg Ihrer Bemühungen. Ich habe jetzt eine „Denkschrift für die Deutschen Gewerkschaften zum Gebrauch bei ihren Aktionen in der Frage der Währung, der Valuta und der Reparationen“ in Arbeit und in Druck. Sie wird in wenigen Tagen erscheinen und, wie ich annehme, gute Dienste der Arbeiterbewegung leisten. Es sind 160 Seiten.

Mit der Rechtsschwenkung der Regierung werden Sie nun wieder damit rechnen müssen, dass die Kirche weiteren Einfluss auf die Schule zurückerobert will. Aus diesem Grunde sende ich Ihnen hiermit eine kleine Schrift „Kannte Moses das Pulver?“, die ich vor Jahren verfasste, die ich aber aus dem Verkehr zog, weil sie meine anderen Bestrebungen, die ich für wichtiger halte, hemmte. In Ihrem Kampfe mit der Reaktion werden Sie diese Schrift sehr gut verwenden können, denn bis jetzt habe ich noch keinen Fall erlebt, dass jemand nach Durchsicht der Broschüre nicht völlig von der Richtigkeit meiner Schlüsse überzeugt gewesen wäre. Mein Name müsste aber aus der Schrift entfernt werden.

In größter Hochschätzung
Ihr ergebener Silvio Gesell

** Dr. Hildegard Wegscheider gehörte von 1919 – 1921 für die SPD der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung an und war danach SPD-Abgeordnete im preußischen Landtag.*

An Reichskanzler Dr. Joseph Wirth vom 3.3.1922 aus Rehbrücke

Wie verschaffen wir der Reichsregierung die nötige Macht und Gewalt zu den durchgreifenden Maßnahmen auf finanziellem Gebiet, die zur Rettung von Staat und Volk unerlässlich geworden sind? Diese Frage stellt sich heute jeder, der die Gefahr erkannt hat, in der der Staat und mit ihm er selber schwebt.

Dass es mit Parteikoalitionen, bei denen der eine Teil nach rechts und der andere nach links zielt, nicht geht, das haben Sie uns, Herr Reichskanzler, durch Ihren wiederholt angebotenen Rücktritt klar genug gezeigt. Es ist erwiesen, dass eine kapitalistisch orientierte Regierung, die nichts anderes erstreben will noch kann als die Wiederherstellung der alten Zustände, an der Empörung der Massen, am verzweifelten Widerstand von Tausenden von Desperados in führenden Stellungen von vorn herein zum Scheitern verurteilt ist (siehe Kapp). Es ist aber auch ebenso klar erwiesen, dass das Programm dieser Massen – SPD-USDP-KPD – der Natur des Menschen widerspricht und für unsere auf Weltwirtschaft angewiesene Volkswirtschaft nicht in Betracht kommen kann (siehe Russland).

Die Linke versagt also – die Rechte versagt auch. Die Koalition versagt. Zugleich aber ist eine starke, schlagfertige Regierung nie nötiger gewesen als heute. Bedenkt man, dass unter den Koalitionsregierungen der letzten drei Jahre das Vermögen der Gläubiger im Betrag von 180 Milliarden Goldmark auf ebenso viel Papiermark hinab verwirtschaftet worden ist, so erkennt man, dass wir russischen Zuständen zutreiben, die für ein Industrievolk wie das unsrige den Tod bedeuten.

Das Floß, auf dem wir treiben, das Sie, Herr Reichskanzler, führen, wird uns nur noch kurze Zeit eine Zuflucht sein können. Im Mahlstrom der Valutaschwankungen und Börsendifferenzen wird dieses Floß an den Klippen von Hungerrevolten zerrissen werden. Schon jetzt wird es nur dadurch flott gehalten, dass wir in erschreckend wachsendem Maße Greise, Kranke, Kinder, Rentner zu Tausenden über Bord gehen lassen.

Wir brauchen eine starke Regierung, Herr Reichskanzler! Hie Kapitalismus – hie Sozialismus, eine Koalition mit diskrepiierenden Tendenzen. Eine unlösbare Aufgabe. Es muss also, soll das deutsche Volk aus dem Engpass heraus, etwas grundsätzlich Neues geschehen – etwas, was weder Kommunismus noch Kapitalismus ist und für das die politische und wirtschaftliche Unterstützung des gesamten werktätigen Volkes gesichert werden kann.

Das in beiliegendem „Sammelruf“ skizzierte und in der mitgehenden Literatur entwickelte freiwirtschaftliche, antikapitalistische Programm zeigt dieses Neue. Der „Sammelruf“ zielt nicht auf eine Parteikoalition, sondern auf eine Koalition aller schaffenden, werbenden, sorgenden, aufbauenden Volkskräfte. Und was heute noch besonders interessant ist: er liefert in seinen Richtung gebenden Grundsätzen die Elemente für ein Programm für Genua, das, wenn es mit Entschlossenheit vertreten wird, der übrigens völlig ratlosen Entente die Führung entreißen und der deutschen Regierung die Unterstützung aller freien Geister der Welt und namentlich auch aller proletarischen Organisationen sichern würde, womit dann auch die weltpolitische Situation für eine Nachprüfung des Friedensvertrags geschaffen würde.

Bei der Hinaussendung dieses „Sammelrufes“ ziemt es sich, dass ich das erste Exemplar dem ersten Staatsmann des Reiches in die Hände reiche. Sollten Ihnen, Herr Reichskanzler, mündliche Erklärungen erwünscht sein, so bin ich dazu selbstredend zu jeder Zeit bereit.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Silvio Gesell

An Hildegard Wegscheider vom 22. 11. 1922 aus Rehbrücke

Sehr geehrte Frau Wegscheider!

Ich habe mir allerdings sehr viel Mühe gegeben – seit vielen, vielen Jahren - , um in die Massen etwas Verständnis für die Bedeutung des Geldwesens zu tragen. Zwar nicht ohne Erfolg, aber doch nicht mit dem heute nötigen durchschlagenden Erfolg. Darum freue ich mich ganz außerordentlich, dass Sie, sehr geehrte Frau, mir Ihre Hilfe antragen. Ich denke übrigens, dass das, was Sie zu tun in der Lage sind, genügen wird, um

den Stein ins Rollen zu bringen. Es ist sonst alles zur Tat vorbereitet. Es fehlt nur die Unterstützung des Proletariats, desselben Proletariats, dem die Aktion dienen soll.

Ich werde morgen, Sonntag, den ganzen Tag zu Ihrer Verfügung sein und auch nächsten Montag. Sollte das Wetter für Sie etwa zu unwirsch werden, dann bin ich auch bereit, Ihnen nach Berlin entgegenzufahren. Morgen früh werde ich dann noch zwischen 9 und 10 telefonieren.

Mit dem Ausdruck größter Hochachtung

Ihr Silvio Gesell

An Hildegard Wegscheider vom 25. 11. 1922 aus Rehbrücke

Sehr geehrte Frau und liebe Genossin im Kampfe gegen den Kapitalismus!

An die von Ihnen genannten Personen werde ich die Einladung zu der Zusammenkunft am 1. 12. gleich verschicken. Mehrere Gewerkschaften sollen schon ihre Bereitschaft erklärt haben.

Sie leisten hier einer großen vielversprechenden Sache einen mächtigen Vorschub. Fahren Sie so fort! Ich habe das Empfinden, dass es diesmal etwas wird mit der Einheitsfront des Proletariats.

Hoherfreut grüßt Sie

Ihr ergebener Silvio Gesell

An den Internationalen Gewerkschaftsbund in Haag vom 20. 12. 1922 aus Rehbrücke

Sie erhalten mit gleicher Post ein Exemplar einer „Denkschrift für die Deutschen Gewerkschaften zum Gebrauch bei ihren Aktionen in der Frage der Währung, der Valuta und der Reparationen“. Diese Denkschrift ist zwar für die augenblicklichen deutschen Verhältnisse verfasst, greift jedoch in vielen Beziehungen weit über die deutschen Grenzen hinaus. Sie finden dort positive Vorschläge zur Lösung der Währungsfrage im antikapitalistischen Sinne.

Sollte diese Schrift bei Ihnen genügend Interesse erwecken, um bei Ihnen den Wunsch aufkommen zu lassen, mehr von dieser Angelegenheit zu erfahren, so bin ich gern bereit, Ihnen einen Referenten zu nennen, der Ihnen dort den Plan in mündlicher Darstellung entwerfen wird, wie auf dem Wege der Gewerkschaften mit Unterstützung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und unter Führung desselben die Macht des Geldes gebrochen und die Valutafrage und Währungsfrage im Sinne der Arbeit und des Friedens gelöst werden kann. Sollten Ihnen zum Studium dieser Angelegenheit noch

einige Exemplare der Denkschrift erwünscht sein, so werde ich Ihnen dieselben gerne und auch kostenlos zusenden.

Veuillez Messieurs agréer l'assurance de ma parfaite consideration

Silvio Gesell

An Reichskanzler Dr. Gustav Stresemann am 30. 8. 1923 aus Rehbrücke

Sehr geehrter Herr,

Ihre große Rede und namentlich der in ihr angeschlagene glückliche Ton in der Reparationsfrage ermuntert mich, Ihnen das anliegende Heft ‚Die Freiwirtschaft‘ zu übersenden und Ihre Aufmerksamkeit auf die die Reparationsfrage behandelnden ersten beiden Artikel zu lenken. Ich mache Sie besonders auf die Tatsache aufmerksam, dass die einflussreiche große Zeitung ‚L'Eclair du soir‘ meine Vorschläge als Erfolg versprechend bezeichnet und fördert und dass auch bereits der ‚Temps‘ (Paris), von der Redaktion des ‚L'Eclair du soir‘ angeregt, ähnliche Vorschläge macht. Das Warten auf die Revision des Versailler Diktates hat uns bereits viel mehr geschadet als die weitestgehende Revision uns nutzen könnte, wie auch die in England noch herrschende und in Amerika jetzt überwundene Arbeitslosigkeit beiden Ländern mehr geschadet hat als der Gesamtbetrag der von Deutschland erwarteten Reparationen ausmacht. Der von mir gemachte Vorschlag würde uns ermöglichen, ganz auf alle Revisionen des Vertrages zu verzichten und diesen unter erträglichem Druck nach dem Buchstaben zu erfüllen, wobei die Nebenerscheinung zur Hauptsache wird, nämlich dass die Weltwirtschaft sofort wieder in Vollbetrieb kommen würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Silvio Gesell

An den Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht vom 30.12.1923 aus Rehbrücke

Sehr geehrter Herr,

es dürfte für die Führung Ihres Amtes bedeutsam sein, über eine Lösung der Valutafrage rechtzeitig unterrichtet zu werden, die jetzt in Frankreich in Angriff genommen worden ist und worüber die beiliegende Abschrift eines mir zugegangenen Zirkulars Aufschluss gibt.

Die Lösung entspricht in allen Einzelheiten den Vorschlägen, den ich selbst der deutschen Regierung vor nunmehr drei Jahren machte, auf den aber bis zur Stunde in keiner Weise reagiert wurde. In den anliegenden Schriften, die ich hiermit der Bibliothek der Reichsbank stiften möchte, werden Sie den Vorschlag von vielen Seiten aus beleuchtet finden. Über das Spiel einer internationalen Währung werden Sie in der gleichfalls beiliegenden Broschüre „Das Monopol der Schweizerischen Nationalbank“

Beachtenswertes finden. Sollten Sie, um Zeit zu gewinnen, sich lieber einen Vortrag halten lassen über das in Rede stehende System, so bitte ich Sie, sich an den Geschäftsführer des Freiwirtschaftsbundes, Herrn Hans Timm in Berlin, Rosenthaler Str. 40-41 zu wenden. Auch gestatte ich mir, Sie bei dieser Gelegenheit auf die Tagung des Freiwirtschaftsbundes aufmerksam zu machen, die am 9. Januar im Herrenhaus beginnt und wo man sich gründlich mit der Währungs- und Valutafrage beschäftigen wird.

Die Währungs- und die Valutafrage verlangen eine synchronische Lösung und die besondere Lage Deutschlags verlangt eine schnelle Lösung. Von Ihrer Seite könnte der Lösungsprozess dadurch außerordentlich beschleunigt werden, dass Sie Ihren Einfluss benutzen, um die deutsche Presse zu einer allgemeinen Besprechung des im Zirkular gemachten Vorschlages zu veranlassen. Noch besser wäre es, wenn Sie offiziell eine Kommission zur Prüfung des Vorschlages bestellen. Die Vorgänge im Rheinland zeigen, wie viel mit der ungelösten Währungs- und Valutafrage auf dem Spiel steht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Silvio Gesell

An Prof. Dr. Irving Fisher vom 10. 3. 1929 aus Eden-Oranienburg

Sehr geehrter Herr Prof. Fisher!

Ich erhielt vor einiger Zeit Ihren freundlichen Brief und Ihr neues, überaus wertvolles und nötiges Werk. Da ich so gut wie alles unterschreiben kann, was in dem Buch gesagt ist und mit der hier geübten Deutlichkeit gesagt werden muss, so werde ich auch noch sehr oft die Gelegenheit haben, das Buch zu empfehlen.

Sie mögen vom propagandistischen Standpunkt aus betrachtet recht gehabt haben, als Sie es ablehnten, selber positive Vorschläge für die Lösung der von Ihnen ausgezeichneten Aufgabe zu machen. Meisterhaft haben Sie es verstanden, dem intelligenten Leser implizit die Lösung zu zeigen. Da es aber nur auf diese intelligenten Leser ankommt, so erreichen Sie Ihr Ziel, ohne die Masse der Leser unnötigerweise vor den Kopf zu stoßen. Ich habe mich also über Ihr Werk gefreut und danke Ihnen herzlich für die freundliche Übersendung.

Mit heutiger Post sende ich Ihnen Heft 3 des „Freiwirtschaftlichen Archivs“, worin im Artikel „Der Wertgedanke“ Ihr Name wiederholt genannt wird. Sie werden sehen, dass ich im Gebrauch des Wortes ‚purchasing power‘ eine Gefahr erblicke, eine neue Quelle für eine neue money illusion. Der Wertgedanke (das sogenannte Wertproblem) ist nie etwas anderes gewesen als der wissenschaftliche Ausdruck der populären money illusion. Dieser Wertgedanke ist nun glücklicherweise zu Tode kritisiert worden. Niemand arbeitet noch mit diesem Gedanken. Und damit ist die Bahn frei geworden für neue fortschrittliche Forschung. Ich selbst habe den Wertgedanken schon vor über 30 Jahren bekämpft und meine Freude war groß, als ich ihn so nach und nach verschwinden sah aus der Literatur. Sie werden es darum begreifen, wie es mich betrüben würde, wenn der Wertgedanke und die auf ihm beruhenden money illusions im Gebrauch des Ausdrucks ‚purchasing power‘ wieder Wurzel schlagen würden.

Es würde mich außerordentlich freuen, wenn Sie Gelegenheit nähmen, im „Freiwirtschaftlichen Archiv“ Ihre Gedanken zu meinen Betrachtungen zu veröffentlichen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich

Ihr ergebener Silvio Gesell

An Anna Boettger-Gesell vom 31. 12. 1929 aus Eden-Oranienburg

Allerliebste Boettgersanna,

die schönen Tage um Weihnachten herum sind nun vorüber. Und morgen können wir uns an den Silvesterfestlichkeiten erholen, wenn wir dazu Lust verspüren. Ich kenne diese Festlichkeiten leider nicht; so werde ich mich zu Bett legen und das neue Jahr schlafend seinen Einzug halten lassen. Ich weiß nicht, ob Anita Dir über die Weihnachtsfreuden berichtet hat. In einem Hause mit so vielen Kindern hat die Weihnachtsfeier einen wirklichen Sinn. Und man freut sich, mittenmang Jugenderinnerungen aufzufrischen.

Eine große Freude hast Du mir mit Deinem Bild gemacht. Ich finde, es ist die beste Fotografie, die ich nicht nur von Dir, sondern überhaupt gesehen habe. Kein Künstler hätte die Stimmung und die „Seele“ so ausgezeichnet herstellen können, wie es hier der Knipser getan hat. Abgeklärte Lebensanschauung. Manchmal gelingt es mir, hinter den Augen des Bildes auch noch die aus der Braunschweiger Zeit hervorleuchten zu lassen, und dann erlebe ich eine doppelte Freude. Es sind über 40 Jahre her. Wie stark solch ein Blick sich einprägt! Und dann denke ich an die Zeit, wo Dein Bild auf meinem Schreibtisch in der Calle Tucuman No. 303 stand und ich auf die Ankunft vom Dampfer ‚Ohio‘ wartete. Es war eine schöne Zeit und eine solche Zeit erlebt man nur einmal. Sage Tutti, dass ihre Mitarbeit am Gelingen des Bildes sichtbar ist und dass sie ihre Sache wirklich gut gemacht hat. Wie wird sich auch der Carlos Idaho freuen, wenn er das Bild erhält. Ich bin Tutti sehr dankbar für das schöne Weihnachtsgeschenk.

Nun wirst Du sicherlich schon über Fridolins Reise Nachrichten haben. Hoffentlich ist die Reise gut verlaufen. Hoffentlich findet er eine gute Unterkunft da an der Riviera für die ganze kleine Familie und auch für Dich. Es ist recht nett von ihm, dass er Dich in Zürich abholen will. So wirst Du die Reise mit doppelter Ruhe antreten und mit doppeltem Genuss durchführen. Und dann wollen wir hören, was er von Deiner Reise nach dem La Plata sagt. Ich selbst bin alle Tage mehr entschlossen, in die Binsen zu gehen. Es ist mir, als ob jede einzelne Binse mit einem elektrischen Funken an der Spitze mich anzöge. Ich bereite meine Sachen so langsam vor. Dann verbrenne ich eine Menge Papiere, damit sich nachher niemand damit herumplagt, und heize den Ofen mit Büchern. Wenn es kälter wäre, würde diese Arbeit schneller vonstatten gehen. In der Vernichtung liegt die göttliche Ordnung. Das hat Annedore auch schon begriffen. Das Haus ist seitdem in musterhafter Ordnung. Vielleicht kostet diese Ordnung etwas mehr Geld.

Heute haben wir herrliches Wetter. Sonne, wirklicher Sonnenschein. Nicht ganz wie in Les Hauts Geneveys, aber ähnlich. Und auch nur minutenweise. Aber man überzeugt sich wenigstens, dass die Sonne noch da ist.

Adios, meine liebe Boettgersanna. Sei herzlich zum neuen Jahr begrüßt und auch die Mölikaters und Fridolin, wenn er dort auftaucht.

Dein Alterle

An Prof. Dr. Irving Fisher vom 2. 2. 1930 aus Eden-Oranienburg

Sehr geehrter Herr!

Erst heute bin ich in der Lage, Ihnen, sehr geehrter Herr, für das Werk, das Sie mir schickten, meinen Dank in der Form auszudrücken, wie ich es mir vorgenommen hatte, nämlich in Gestalt einer gut gelungenen englischen Übersetzung meines Buches „The Natural Economic Order“, translated by Philip Pye M.A. Ich glaube, Ihnen mit diesem Werk eine Freude zu bereiten, denn Sie werden sehen, dass hier die Forderungen, für die Sie schon so lange und so tapfer kämpfen, vielleicht mit anderen Worten, mit anderen Gedanken, mit anderen Argumenten, aber doch mit gleicher Unbeugsamkeit gestellt werden.

Wenn die Organisationen, die sich hier in Deutschland für die Verwirklichung der in der NEO besprochenen Reformen gebildet haben, sich besonders in letzter Zeit mit erfreulicher Virulenz entwickeln, so dürfte das nicht zum geringsten Teil auf die Unterstützung zurückzuführen sein, die diese Reformen in wesentlichen Teilen durch Ihre Arbeiten erfahren haben. Und mir scheint, dass Ihre bahnbrechenden Arbeiten nirgends so offene und freudige Anerkennung gefunden haben wie hier.

Genehmigen Sie, hoch geehrter Herr, den Ausdruck

meiner vorzüglichen Hochachtung

Silvio Gesell

An Prof. Dr. Frederic Soddy vom 8. 2. 1930 aus Eden-Oranienburg

Sehr geehrter Herr!

In einer Ihrer Schriften über das Geldwesen nannten Sie auch meinen Namen in einem mich ehrenden Zusammenhang. Es beunruhigt mich aber der Gedanke, dass Sie Ihr Urteil über meine Leistungen wahrscheinlich aus Briefen, die Freunde meiner Reformvorschläge an Sie gerichtet haben mögen, gebildet haben und dass Sie, wenn Sie meine Arbeiten im Zusammenhang und auch in Ihrer Muttersprache vorgelegt bekommen, aus irgendwelchem Grunde Ihre Äußerung bereuen möchten. Diese Beunruhigung wächst sich aber jetzt zu einem Unbehagen aus, wo der Übersetzer, Mr. Philip Pye M.A., Ihren Namen zu Reklamezwecken für das Buch verwendet, allerdings nur in Form eines Zitates aus Ihren Werken.

Ich möchte Sie also bitten, sehr geehrter Herr Soddy, das Buch „The Natural Economic Order“, sobald Sie Zeit dazu finden, durchzulesen. Und wenn Sie dann glau-

ben, alle die warnen zu müssen, die Ihr Name in der Reklame anlocken könnte, so teilen Sie mir das bitte mit, damit ich entsprechend handeln kann. Ich werde dann die Seite mit den „References“ ausmerzen lassen. Das Buch geht Ihnen heute durch die Post zu. Sollte ich keine Antwort erhalten, dann nehme ich an, dass Sie mit den „References“ einverstanden sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Soddy,
den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Silvio Gesell